

KONTRAST

**LASST UNS DIE FREIHEIT
DER VIELEN VERTEIDIGEN!**

**10 JAHRE
JUBILÄUMS-
HEFT**

Wer besitzt die
Medien, die du liest?

Demokratien auf
der Welt sind in der
Unterzahl

Wo Arbeiter:innen ihr
Unternehmen selbst
führen - mit Erfolg



**Es vergeht kein Tag,
an dem du nicht
Einfluss auf die Welt
um dich herum hast.**

**Was du tust, macht
einen Unterschied.**

**Die Frage ist nur,
welchen.**

JANE GOODALL
VERHALTENSFORSCHERIN



ZEHN JAHRE

Was nicht alles in zehn Jahren geschieht. Regierungen kommen und gehen. Politische Skandale scheinen plötzlich alles zu verändern und sind doch nach ein paar Jahren fast wieder vergessen. Krisen überlagern einander, Weltmächte beginnen Kriege. Neue Technologien verändern, wie wir leben und arbeiten.

Als wir Kontrast 2016 gegründet haben, wollten wir Politik verständlich erklären, Zusammenhänge einordnen und gesellschaftliche Entwicklungen aus progressiver Sicht betrachten. All das taten und tun wir mit einem kleinen und ambitionierten Redaktionsteam. Unser 10. Geburtstag ist eine Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Nicht aus Nostalgie, sondern um zu verstehen, was wir erlebt haben und was bleibt.

Wir nehmen weiterhin nicht nur jene in den Blick, die politische Macht ausüben, sondern auch jene, die sie maßgeblich beeinflussen – und das oft fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit. Denn Macht entsteht nicht erst in Parlamenten oder Ministerien. Sie entsteht auch dort, wo Menschen durch Vermögen und Netzwerke mehr Einfluss haben als andere und wo wirtschaftliche und persönliche Interessen politische Entscheidungen prägen.

Wer Demokratie ernst nimmt, muss also den Blick immer wieder nach oben richten. Nicht aus Ressentiment, sondern aus Prinzip: Jede Form von Macht verdient Kontrolle und Kritik.

Dieses Heft blickt auf zehn Jahre Politik zurück und versammelt Recherchen und Geschichten über Macht, soziale Ungleichheit und demokratische Teilhabe.

Vor allem aber blicken wir mit diesem Heft nach vorn. Denn vieles, was wir in Demokratien lange für selbstverständlich gehalten haben, gerät derzeit ins Wanken. Das geschieht nicht nur durch Kräfte von außen, sondern auch durch ein schleichendes Aushöhlen von innen.

Autoritäre und rechtsextreme Akteur:innen setzen demokratische Institutionen und die Zivilgesellschaft zunehmend unter Druck. Gleichzeitig konzentrieren sich Vermögen und damit politische Einflussmöglichkeiten immer stärker in den Händen einiger weniger. Weltweit gewinnen Systeme an Boden, die Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung nicht als Errungenschaften begreifen, sondern als Hindernisse.

Vergessen wir nicht: Die Geschichte kennt keinen Automatismus des Fortschritts. Politische Mitbestimmung, freie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sind keine Naturgesetze. Sie bestehen nur so lange, wie wir bereit sind, sie auch zu verteidigen.

Demokratie lebt nicht von Gewohnheit. Sie lebt von Aufmerksamkeit. Von Widerspruch. Von Beteiligung.

Genau dafür wird Kontrast auch in den nächsten zehn Jahren schreiben.

Viel Freude beim Lesen,

Kathrin Glösel
Chefredakteurin

INHALTSVERZEICHNIS

Wem gehören die österreichischen Medien?



Seite 10

Erben für die Ewigkeit



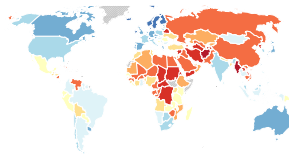
Seite 15

Auf den Spuren des unsichtbaren Kapitals



Seite 16

Das Ende der demokratischen Gewissheit



Seite 20

Im Namen der Freiheit gegen die Freiheit



Seite 24

10 Jahre Kontrast.at: Eine Erfolgsgeschichte	8	Das Ende der demokratischen Gewissheit	20	Krisen bändigen – Aber richtig!	32
Wem gehören die österreichischen Medien?	10	Überreichtum und Ungleichheit höhlen Demokratien aus	23	Bei Mondragón haben die Arbeiter:innen das Sagen	35
Monopoly lässt Reiche ihre Privilegien vergessen	12	Trump, AfD und FPÖ: Im Namen der Freiheit gegen die Freiheit	24	Wem gehört die Stadt, die niemals schläft?	37
Ein Land – zwei Gehaltswelten	13	Wahlen allein reichen nicht, um Korruption zu verhindern	26	Trofaia hat seinen Ortskern wieder	40
Erben für die Ewigkeit	15	Wo man die Fürsorge des Staates spürt, steigt auch das Vertrauen in Demokratie	28	Der Milliardär, der uns alle überwachen will	42
Auf den Spuren des unsichtbaren Kapitals	16	Ein Netzwerk aus rechten Krawallmedien & Investoren	30	Das kleine Costa Rica definiert Fortschritt neu	44
Die Kirche: Im Namen des Kapitals	19			In Uruguay haben Sonne und Wind die Ölrechnung ersetzt	46

HAPPY BIRTHDAY, KONTRAST!



Kontrast schaut über den Tellerrand. Im Sinne von Brandt-Kreisky-Palme bringt Kontrast immer wieder Berichte, wie andere Sozialdemokratien in der Welt die gemeinsamen Probleme von Ungleichheit und Diskriminierung zu lösen versuchen. Danke dafür!

IRMTRAUT KARLSSON, WEGWEISENDE FRAUENPOLITIKERIN



Vor 10 Jahren startete Kontrast als mutiges Projekt in der SPÖ. Neue Wege wurden beschritten. Vielerorts zunächst mit Skepsis beäugt, hat Kontrast letztlich immer überzeugt. Hohe Qualität und Frequenz führen seither zu hoher Reichweite und Glaubwürdigkeit. Kontrast macht seit 10 Jahren seinen Namen erfolgreich zum Programm und ist als Kontrast zu rechter Meinungsmache und Fake News nicht mehr wegzudenken.

PHILIP KUCHER, SPÖ-KLUBOBMANN



Eine lebendige Demokratie braucht unabhängigen Qualitätsjournalismus, der Macht kritisch hinterfragt, Zusammenhänge erklärt und auch jenen eine Stimme gibt, die sonst kaum gehört werden.

TOM NEUWIRTH (ALIAS CONCHITA WURST)



Kontrast, der Name steht für kritische Distanz zu jedweder Autorität, für lebendigen Diskurs, Diskussion, für Haltung, ist proeuropäisch, sozial und ... einfach notwendig! Alles Gute für die nächsten 10 Jahre!

ERWIN STEINHAUER, SCHAUSPIELER



Ich lese Kontrast und finde es gut. Warum? Weil kritischer, seriöser, glaubwürdiger und sachbezogener Journalismus heute nicht mehr selbstverständlich ist. Also, weiter so und alles Gute.

MICHAEL HÄUPL



Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat. Zu schreiben, was ist, auch! Wenn autoritäre Tendenzen zunehmen und Fakten unter Druck geraten, braucht es Medien wie Kontrast umso mehr. Für eine starke Demokratie mit informierten Menschen.

KIAN KAISER (ALIAS DER KUSENG)



Kontrast ist wichtig, weil es politische und soziale Fragen aus der Perspektive von unten erzählt, und nicht aus der Chefetage.

BARBARA BLAHA

EIN STREIFZUG DURCH 10 JAHRE KONTRAST

LET'S FOLLOW THE MONEY TO SEBASTIAN KURZ

2017 veröffentlichen wir die Spendenliste von Sebastian Kurz für den Wahlkampf der ÖVP. Die reichsten Österreicher, zahlreiche Immobilien-Unternehmer, Hoteliers und Hobby-Jäger – sie haben der ÖVP großzügig Geld überwiesen. 4,4 Millionen Euro hat die damals türkis eingefärbte Partei im Wahlkampf eingenommen. Großspender wie den Tiroler Bauunternehmer Klaus Ortner hat Kurz mehr als zwei Jahre lang verheimlicht – und die Offenlegung durch Stückelung der Spenden umgangen.



ÜBER 120 RECHTSEXTREME „EINZELFÄLLE“ IN DER KICKL-FPÖ

Seit 2019 dokumentieren wir rechts-extreme Äußerungen, Übergriffe und sonstige "Entgleisungen" der FPÖ und ihres direkten Umfelds unter der Parteiführung von Herbert Kickl. Prügel gegen einen Taxifahrer, Verurteilungen wegen Wiederbetätigung, völkische Sonnenwendfeiern, „treudeutsche“ Grüße in Chats, rechtsextreme Netzwerktreffen, Hitlergrüße... Die Bandbreite ist groß und umfasst Stand September 2026 genau 125 solcher „Einzelfälle“



GUTE NACHRICHTEN AUS ALLER WELT

2019 berichten wir über ein besonderes Projekt im finnischen Helsinki. Seit 2008 setzt man dort auf „Housing First“: Betroffene erhalten zuerst eine eigene Wohnung, erst danach folgen soziale und gesundheitliche Hilfen. Organisationen wie die Y-Foundation schaffen Wohnraum und begleiten die neuen Mieter:innen im Alltag. 4 von 5 Menschen behalten dauerhaft ihr Zuhause. Das stabilisiert nicht nur ihr Leben, sondern entlastet auch

Polizei, Justiz und Gesundheitssystem. Mittlerweile gibt es bei der Finanzierung Einschnitte, doch das Projekt läuft weiter. Bei Kontrast findet man Good News wie diese – auch hier im Heft auf den Seiten 34 – 41 und 44 – 46.



BIST DU REICH GENUG FÜR EINE MILLIONÄRSSTEUER?

Wer in Österreich 3.500 Euro brutto pro Monat verdient, zahlt mehr als 5.000 Euro Lohnsteuer pro Jahr. Angenommen, es gäbe eine Vermögenssteuer nach dem Modell der SPÖ: Dann wäre bei jemandem, der 2 Millionen Euro besitzt, dieselbe Summe an Vermögenssteuern fällig. Etwa 5.000 Euro. Wer das nachprüfen will, kann sich mit dem Kontrast-Vermögenssteuer-Rechner ausrechnen, ob man reich genug wäre, um diese luxuriöse Steuer zahlen zu dürfen.

ZUM KONTRAST- VERMÖGENSSTEUER- RECHNER:



KÜRZER ARBEITEN ALS VISION

Seit 2021 informiert Kontrast über erfolgreiche Projekte zur Arbeitszeitverkürzung in aller Welt. Island gilt in Europa als Vorreiter. Auch in Österreich setzen immer mehr Unternehmen aus verschiedenen Branchen auf eine kürzere und dennoch produktive Arbeitswoche. 2023 veröffentlichen wir die Dokumentation „4 Tage Arbeiten, 3 Tage frei“ und zeigen, wie so etwas bei uns funktionieren und was das den Frauen, Familien und Firmen bringen könnte.



WEM GEHÖRT ÖSTERREICH?

Wer verstehen will, wie ein Land wirklich funktioniert, sollte sich die Frage stellen: Wo sitzt das Geld? Kontrast hat in den letzten Jahren gezeigt, wo und wie Besitz aufgeteilt ist. In unseren „Wem gehört Österreich“-Dossiers haben wir aufgearbeitet, wem Österreichs Medien und TV-Sender gehören, wer im Besitz der Berggipfel ist und wer über große Ackerflächen und grüne Wälder bestimmt. Wie es dazu kommt, dass die katholische Kirche in Tourismus, Wohnbau und Weinwirtschaft mitmischet und über Grundbesitz verfügt, der so groß ist wie Vorarlberg, steht in diesem Heft auf der Seite 19.



10 JAHRE KONTRAST.AT: EINE ERFOLGSGESCHICHTE

GERALD DEMMEL, DAVID SOWKA

2016 – Gründung von Kontrast.at

Kontrast startete 2016 als progressives Nachrichtenmagazin. Schon in den ersten Monaten erreichte Kontrast auf Facebook und Instagram monatlich mehr als 5.000 Interaktionen.

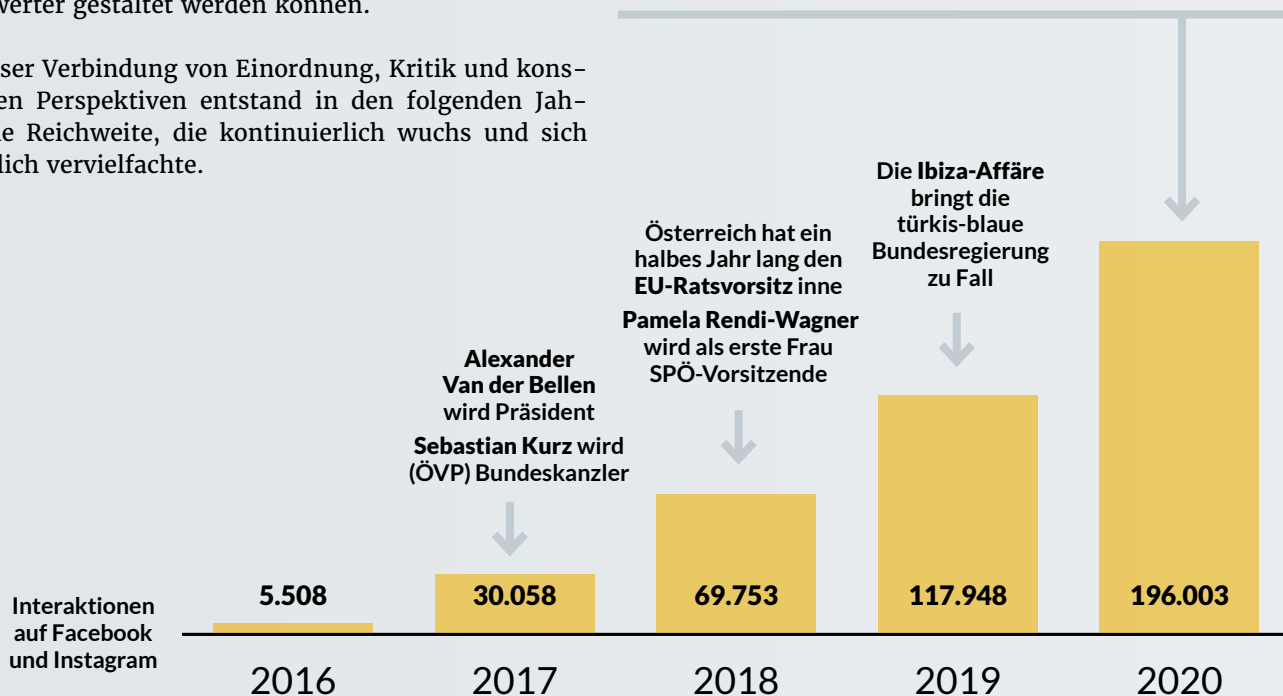
Im Zentrum stand von Anfang an der Anspruch, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge verständlich zu erklären, Machtverhältnisse sichtbar zu machen und Themen aufzugreifen, die in anderen Medien zu wenig Raum bekommen. Dabei blieb Kontrast nicht bei der Analyse bestehender Probleme stehen. Anhand konkreter Projekte, internationaler Beispiele und positiver Entwicklungen zeigte das Magazin auch, wie Politik und Gesellschaft gerechter, demokratischer und lebenswerter gestaltet werden können.

Aus dieser Verbindung von Einordnung, Kritik und konstruktiven Perspektiven entstand in den folgenden Jahren eine Reichweite, die kontinuierlich wuchs und sich schließlich vervielfachte.

2020 – Corona-Pandemie & Förderlisten

Mit Beginn der Corona-Pandemie wuchs das Bedürfnis nach verlässlicher und verständlicher Information deutlich. Das zeigte sich auch auf den Social-Media-Kanälen von Kontrast: Im Jahr 2020 verzeichneten sie insgesamt mehr als zwei Millionen Interaktionen, im Schnitt rund 200.000 pro Monat.

In dieser Zeit veröffentlichte Kontrast außerdem eine Übersicht über die staatlichen Corona-Förderungen. Sie zeigte, welche Unternehmen Hilfen erhalten hatten und in welcher Höhe. So wurde nachvollziehbar, wohin öffentliche Gelder flossen. Einige Monate später zog auch die Bundesregierung nach und veröffentlichte eine entsprechende Übersicht.



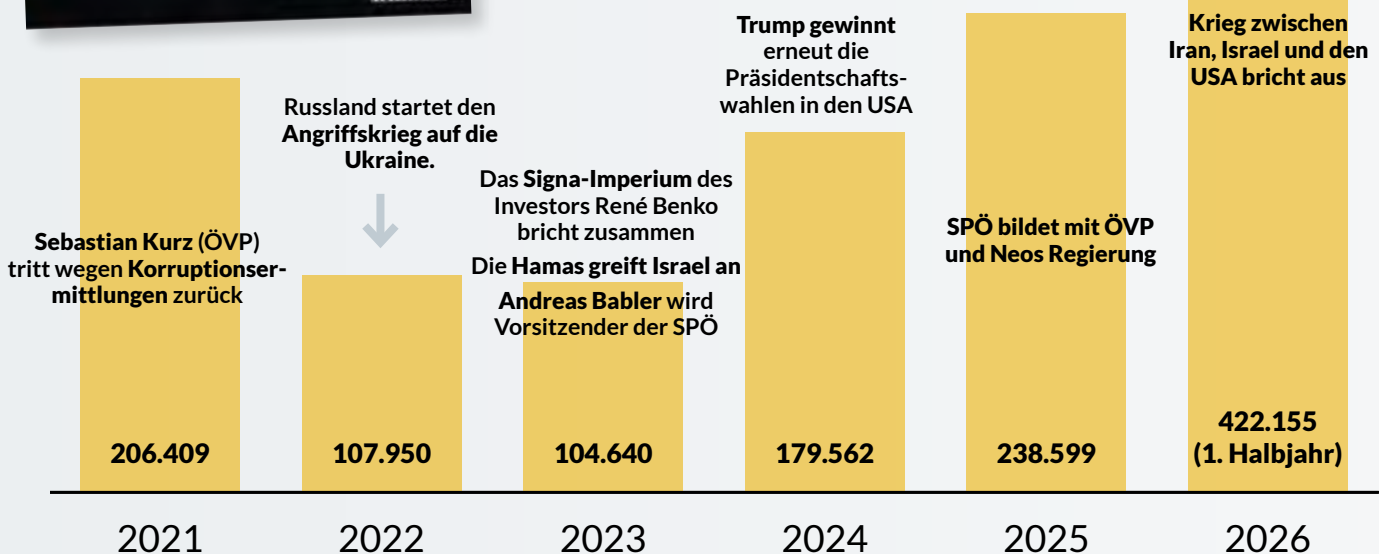
2026 – Good News trotz multipler Krisen

Das erste Halbjahr 2026 steht im Zeichen von Kriegen, geopolitischen Spannungen und wachsendem wirtschaftlichem Druck. In solchen Zeiten wird verlässliche Einordnung besonders wichtig. Gleichzeitig braucht es Beispiele, die zeigen, dass politische und gesellschaftliche Veränderungen möglich sind. Die Social-Media-Kanäle von Kontrast verzeichnen mittlerweile rund 420.000 Interaktionen pro Monat.

Kontrast berichtet deshalb nicht nur über Krisen, Missstände und ihre Ursachen. Im Mittelpunkt stehen auch Projekte, politische Maßnahmen und gesellschaftliche Entwicklungen, die an anderen Orten bereits Wirkung zeigen. Denn oft werden politische Möglichkeiten erst durch konkrete Beispiele greifbar: wenn eine Stadt leistbare Wohnungen schafft, ein Land die Energiepreise senkt oder eine Gemeinde neue Wege in der Pflege geht.

Aus solchen Geschichten kann ein einfacher Gedanke entstehen: Was woanders funktioniert, ist auch bei uns möglich.

Zehn Jahre nach dem Start hat sich Kontrast zu einem Medium mit großer Reichweite entwickelt. Es ist ein Medium, das Probleme sichtbar macht, Zusammenhänge erklärt und zeigt, wie eine gerechtere Gesellschaft aussehen kann.



WEM GEHÖREN DIE ÖSTERREICHISCHEN MEDIEN?

Blickt man hinter die Eigentümer-Struktur der österreichischen Print-Medien wird schnell deutlich: Den Großteil besitzen Raiffeisen, die katholische Kirche und einige wenige sehr reiche Familien. Obwohl von Zeit zu Zeit manche Anteile den Besitzer wechseln, ändert das an den grundsätzlichen Verhältnissen wenig.

Österreichs Medienlandschaft zeichnet sich durch eine geringe Pressevielfalt und eine enorme Konzentration am Markt für Tageszeitungen aus. So gibt es hierzulande nur rund 12 Tageszeitungen. Zum Vergleich: Die Schweiz hat mit ähnlich vielen Einwohner:innen über 40 Tageszeitungen, Schweden mit 10,4 Millionen Einwohner:innen sogar über 90.

Hinzu kommen überschaubare Eigentümer-Verhältnisse: Einige wenige zentrale Akteure besitzen den Großteil der gedruckten Tageszeitungen und Magazine. Zum Beispiel sind etwa die Boulevard-Zeitungen (*Krone*, *Heute*, *Österreich*) nahezu vollständig in den Händen der Familien Dichand und Fellner. Letzterer gehört auch ein Viertel der Magazine *News*, *trend*, *tv-media* und *Woman*. Der katholischen Kirche gehören über Vereine, Stiftungen und Holdings die *Presse*, die *Kleine Zeitung*, die Hälfte der Bezirksblätter (*MeinBezirk*) und 37 Prozent der *Wienerin*. An der Regionalzeitung *NÖN* ist sie zu 80 Prozent beteiligt. Die restlichen 20 Prozent hält die Raiffeisen. Die Bank mit dem Giebelkreuz besitzt außerdem die Hälfte der Tageszeitung *Kurier* – und damit auch ein Viertel des Wochenmagazins *Profil*.



Raiffeisen, die katholische Kirche und einige wenige sehr reiche Familien besitzen den Großteil der österreichischen Medien. Foto: Philip Oberhaidinger.

Die meisten anderen Zeitungen gehören mehrheitlich Familien bzw. ihren Stiftungen, wie etwa Dasch (*Salzburger Nachrichten*), Cuturi (*Oberösterreichische Nachrichten*) oder Bronner (*Der Standard*). Der Familie Russ gehören über ihre Privatstiftung seit Jahrzehnten die *Vorarlberger Nachrichten* und über die Moser Holding bald ein Großteil der *Tiroler Tageszeitung* – sofern das Kartellamt keine Einwände hat.

Auch der reichste Österreicher, Mark Mateschitz, mischt am Medienmarkt mit. Ihm gehört über Red Bull nicht nur die Hälfte des größten heimischen Privatsenders *Servus TV*, sondern auch das dazugehörige Magazin sowie einige weitere Printprodukte wie *Bergwelten*. Mit dem Prinz Michael von und zu Liechtenstein teilt er sich darüber hinaus das Monatsmagazin *Pragmaticus*.

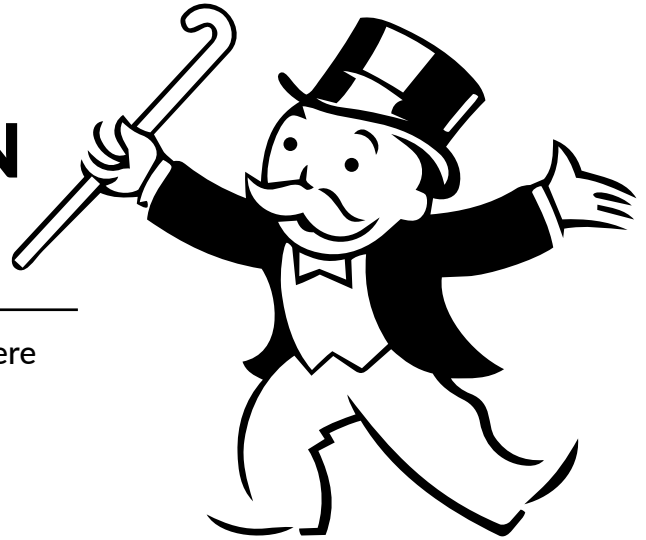
Die meisten heimischen Tageszeitungen könnten aktuell ohne staatliche Medienförderung und Inserate kaum überleben. Das kann sie von den Interessen großer privater Inserenten oder Parteien abhängig machen. Die Situation hat sich in den letzten Jahren auch aufgrund der Digitalisierung weiter verschärft: Die großen Zeitungen haben die Hälfte ihrer Printleser:innen verloren. Journalistische Arbeitsplätze haben sich in nur einer Generation halbiert, Werbegelder fließen im großen Stil an Face-

„Extreme Parteien und Positionen gewinnen nachweislich dort, wo unabhängige Medien erodieren und an ihre Stelle faktenferne Plattformen und Propagandisten treten“, sagt etwa Medienexperte Andreas Kaltenbrunner.

Die Bundesregierung plant deshalb eine neue Medienförderung, deren Gewichtung auf Vielfalt, redaktioneller Unabhängigkeit und Qualität liegen soll.



MONOPOLY LÄSST REICHE IHRE PRIVILEGIEN VERGESSEN



Wohlhabende blenden oft aus, dass sie in bessere Lebensbedingungen hineingeboren wurden – und halten ihren Erfolg für das Ergebnis kluger Entscheidungen. Das stellte Sozialpsychologe Paul Piff vor mehr als zehn Jahren in einem Experiment unter Beweis. PAUL HUMMEL

2013 berichtet Paul Piff der Welt in einem TedTalk von einem herausragenden Experiment. Er lud zuvor hundert zufällig ausgewählte Paare an die Universität Berkeley ein, um gegeneinander Monopoly zu spielen. Eine Person erhielt doppelt so viel Startkapital und Gehalt sowie zwei Würfel, die andere nur einen. Damit standen sich von Beginn an „arm“ und „reich“ gegenüber. Entscheidungen, Talent und Glück spielten für den Ausgang des Spiels also keine Rolle.



Die reichen Spieler:innen waren anfangs noch zurückhaltend. Doch Piff beobachtete, wie sie sich schon nach kurzer Zeit beflügelt fühlten. Sie begannen, ihre Überlegenheit zu zeigen, indem sie laut ihr Geld zählten und öfter jubelten.

Nach dem Spiel befragten Piff und sein Team die Teilnehmer:innen. Die reichen Spielenden führten ihren Erfolg überraschend auf kluge Züge und eigene Kompetenz zurück – und ließen außer Acht, dass sie nur dank zufällig zuteilgefallener Vorteile gewonnen hatten.

Das Monopoly-Experiment war nur eine von Dutzenden Studien Piffs mit insgesamt mehreren tausend Teilnehmer:innen in den USA. In diesen ging es auch um die Bereitschaft zu teilen und zu spenden. Piff untersuchte auf diesem Weg, wie Wohlstand Menschen verändert. Sein Fazit: Mit wachsendem Reichtum sinkt das Mitgefühl und Geiz wird sogar positiv bewertet.

2013 berichtet Paul Piff der Welt in einem TedTalk von einem herausragenden Experiment. Foto: Youtube, KI-optimiert

Diese Denkmuster finden wir auch abseits des Spielbretts. Jene, die im Wohlstand leben, reden sich oft ein, dass es fair ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung wenig besitzt. Jene, die wenig haben, leben mit schwierigen Bedingungen, die den gesellschaftlichen Aufstieg schwierig bis unmöglich machen. Das verfestigt Ungleichheit.

ÜBRIGENS: WIR VERDANKEN MONOPOLY EINER FRAU

Die ursprüngliche Version von Monopoly wurde von einer Frau erfunden. Elizabeth Magie wollte ein kapitalismuskritisches Spiel konzipieren. Eigentlich ging es darum, zu zeigen, welchen negativen Einfluss Monopole und die Konzentration von Geld und Land auf die Gesellschaft haben. Doch einige Jahre, nachdem sie ein Patent für ihr Spiel angemeldet hatte, bekam Charles Darrow von ihrem Projekt Wind. Er gestaltete das Spiel um und verfolgte dabei das gegenteilige Ziel: schnell zu Vermögen zu kommen. Das Spieleunternehmen Parker Brothers erstand das Patent zu einem Spottpreis. Charles Darrow wurde durch Monopoly reich.

EIN LAND – ZWEI GEHALTSWELTEN

Seit den 1970er Jahren wachsen vor allem Spitzeneinkommen stark. Kollektivverträge, staatliche Leistungen und Steuerpolitik bremsen die zunehmende Einkommensungleichheit, verhindern aber bisher nicht, dass die Lohnschere auseinandergeht. ANNA WEISZ

2024 lag das mittlere Bruttojahreseinkommen unselbstständig Beschäftigter bei 38.000 Euro. Dieser Mittelwert teilt die Beschäftigten in zwei gleich große Gruppen: Die eine Hälfte verdient weniger, die andere mehr. Wer das ganze Jahr Vollzeit arbeitete, kam auf etwa 55.500 Euro.

Wie weit die Einkommen an der Spitze davonziehen, zeigt der „Fat Cat Day“: Er markiert den Arbeitstag, an dem Spitzenmanager rechnerisch ein durchschnittliches Jahreseinkommen erreicht haben. 2023 war es der 4. Arbeitstag.

Die Vorsitzenden der 20 größten Unternehmen des Landes verdienten 2023 das 81-fache eines Beschäftigten mit Mediangehalt. Zwanzig Jahre zuvor war der Abstand viel geringer. Damals war es „nur“ das 24-fache.

Die Ungleichheit beginnt aber nicht erst bei Top-Gehältern. Teilzeit, befristete Verträge und Erwerbsunterbrechungen drücken vor allem die Einkommen am unteren Ende. Davon sind Frauen besonders betroffen: Sie übernehmen einen großen Teil der unbezahlten Kinderbetreuung und Pflege und arbeiten deshalb öfter in Teilzeit. Sie werden zudem generell schlechter bezahlt und verdienen im Schnitt 17,9 Prozent weniger als

Männer. Neun Prozent aller Erwerbstätigen leben sogar unterhalb der Armutsgrenze.

DER SOZIALSTAAT GLEICHT EINEN GROSSEN TEIL DER UNTERSCHIEDE AUS

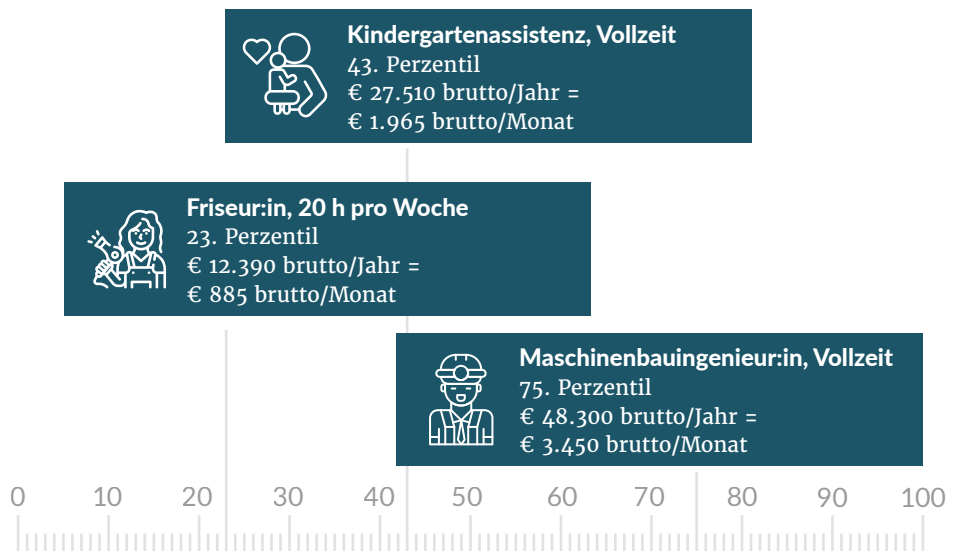
Wie ungleich Einkommen verteilt sind, misst man mit dem Gini-Index. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen: Je höher der Wert, desto ungleicher ist die Verteilung.

2025 lag der Index in Österreich vor allen Steuern und Sozialleistungen bei 0,47 und damit knapp unter dem EU-Schnitt. Nach Sozialleistungen sank er deutlich auf 0,27.

Das zeigt, dass staatliche Leistungen und Regeln einen Unterschied machen. Dazu tragen auch Kollektivverträge bei. Sie gelten für 98 Prozent der Beschäftigten und sichern Mindestlöhne. Ihre Wirkung hat aber Grenzen. Wenn unsichere Beschäftigung zunimmt und Spitzengagen schneller als normale Löhne wachsen, muss der Sozialstaat immer größere Unterschiede ausgleichen.

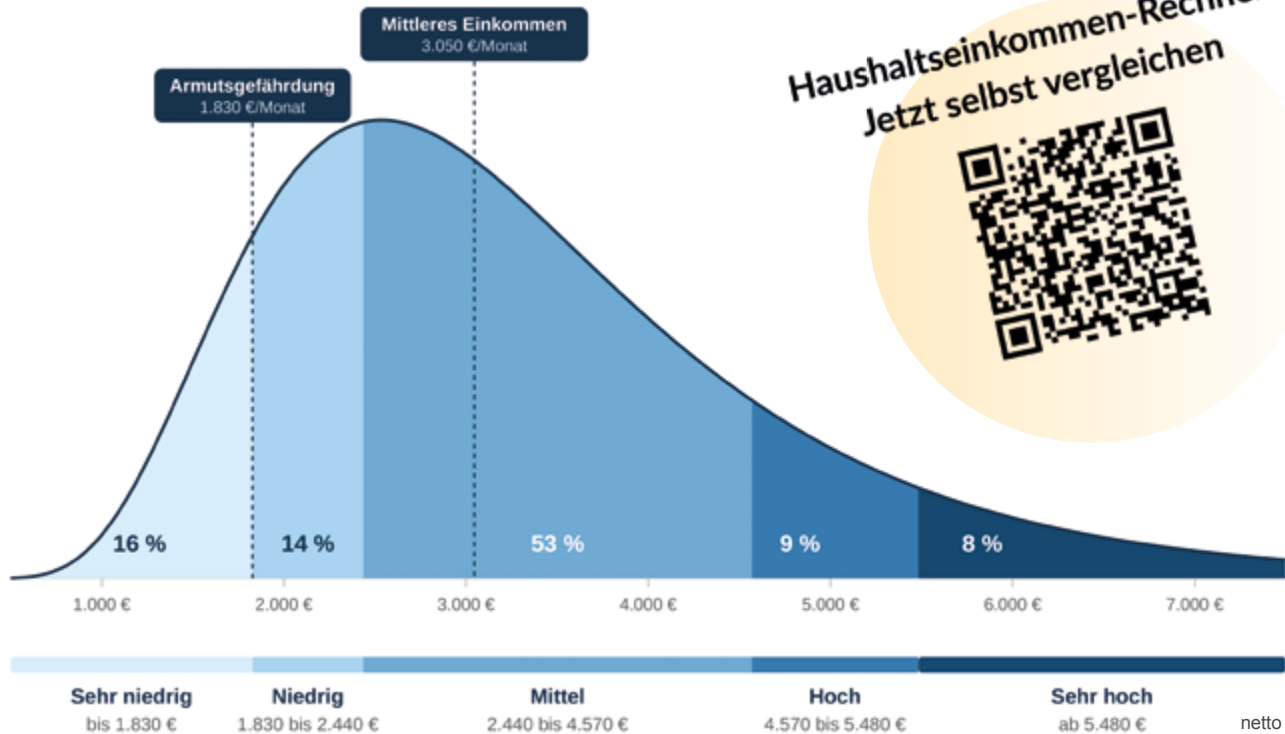
Wer die Lohnschere verkleinern will, kann bei ihrer Entstehung ansetzen: zum Beispiel durch Regeln für sehr hohe Einkommen, Mindesteinkommen oder Arbeitsverträge.

Einkommen im Vergleich - Beispiele anhand der Perzentile.



So verteilen sich die Einkommen in Österreich

Die Kurve zeigt, wie viele Menschen wie viel pro Monat verdienen. Verglichen wird das Haushaltseinkommen, umgerechnet auf eine einzelne Person.



Wie hoch ist Ihr Haushaltseinkommen im Vergleich?

Geben Sie ein, wie viel Netto-Geld Ihr Haushalt im Monat hat.

Netto-Einkommen des ganzen Haushalts

EUR **2610**

Gemeint ist Geld nach Steuern: Lohn, Pension, Rente, Sozialleistungen, Unterhalt und andere Einkünfte zusammen. Voreingestellt ist das mittlere Einkommen. Berechnete Haushaltseinkommen: 36.546 Euro pro Jahr, umgerechnet auf eine Person bei 14 Personen.

Daten: Statistik Austria, EU-SILC 2025. Median 36.500 € pro Jahr, Armutgefährdungsschwelle 1.830 € pro Monat. Gerechnet wird mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen, umgerechnet auf eine einzelne Person (Äquivalenzeinkommen). Die Gruppen beziehen sich auf den Abstand zum mittleren Einkommen: unter 60 %, 60 bis 80 %, 80 bis 150 %, 150 bis 180 % und über 180 %. Die Kurve ist ein an Median und Quartile angepasstes Verteilungsmodell.



ERBEN FÜR DIE EWIGKEIT

Die meisten Eltern wollen ihren Kindern etwas mitgeben: Selbstbewusstsein, gute Werte, vielleicht einen kleinen Sparplan. Manche geben seit Jahrhunderten etwas Größeres weiter: ihren Platz an der Spitze. Eine Analyse italienischer Steuerarchive zeigt: In Florenz haben einige Familien 600 Jahre Umbrüche überstanden wie alte Gebäude in der Altstadt – und ihren Reichtum bewahrt.

Als die Ökonomen Guglielmo Barone und Sauro Mocetti 2021 im Auftrag der italienischen Zentralbank in die Steuerarchive von Florenz eintauchten, fanden sie etwas Überraschendes: Die Stadt dokumentiert seit 1427 die Einkommen und Besitztümer ihrer Bürger:innen. Die Namen an der Spitze der Vermögenspyramide hatten sich dabei über sechs Jahrhunderte kaum verändert.

Die fünf reichsten Familien gehörten nach 600 Jahren noch zu den wohlhabendsten der Stadt.

Auch die Grenze zwischen dem oberen und unteren Drittel der Gesellschaft blieb erstaunlich stabil. Industrielle Revolution oder Sozialstaat änderten daran wenig. Laut den Autoren ist Italien kein Sonderfall. Ein ähnliches Bild zeichnet der britische Ökonom Gregory Clark für Schweden.

Er folgte den Spuren alter Nachnamen und stellte fest: Familien, die im 16. Jahrhundert zum Adel gehörten, sind bis heute überdurchschnittlich häufig Teil der gesellschaftlichen Elite.

Auch an den traditionsreichen Universitäten Oxford und Cambridge scheint die Zeit langsamer zu vergehen. Eine Untersuchung von Neil Cummins und Gregory Clark zeigt, dass dort seit rund 800 Jahren immer wieder dieselben Familiennamen auftauchen.

SCHWEDEN, ENGLAND, DEUTSCHLAND: ELITE BLEIBT ELITE

Selbst die großen Erschütterungen der Geschichte konnten diese Kontinuität kaum brechen. Zwei Weltkriege und ökonomische Umwälzungen des 20. Jahrhunderts hinterließen tiefe Spuren – aber offenbar nicht in den oberen Etagen der deutschen Wirtschaft. Der Soziologe Hervé Joly zeigt, dass die Eigentümer und Füh-

rungskräfte der größten deutschen Industriekonzerne während und nach der NS-Zeit vielfach aus denselben Familien stammten.

Auch heute erlebt ererbter Reichtum eine neue Blüte. Laut einer UBS-Studie entstanden zwischen April 2022 und April 2023 weltweit 137 neue Milliardäre – 53 von ihnen durch Erbschaft. In den kommenden zwei Jahrzehnten sollen mehr als 1.000 Milliardäre zusammen rund 5,2 Billionen Dollar an ihre Kinder weitergeben. Das entspricht ungefähr der Summe, die Deutschland, Österreich und Tschechien gemeinsam in einem Jahr erwirtschaften.

Auch Österreich bildet keine Ausnahme. Die Hälfte der reichsten Menschen des Landes wurde bereits in wohlhabende Verhältnisse geboren. Gleichzeitig dürfte das jährliche Erbvolumen laut einer Studie der Arbeiterkammer und der EU-Kommission bis 2050 auf 40,8 Milliarden Euro anwachsen – fast doppelt so viel wie heute.

AUF DEN SPUREN DES UNSICHTBAREN KAPITALS

Kaum irgendwo in Europa ist der Reichtum so ungleich verteilt wie in Österreich. Begünstigt wird diese Konzentration nicht nur durch das Fehlen von Vermögens- und Erbschaftssteuern, sondern auch durch ein Rechtssystem, das den Superreichen weitverzweigte Konstruktionen ermöglicht – und ihnen Möglichkeiten gibt, ihr Vermögen dem Blick der Finanzbehörden zu entziehen. Der Ökonom Stephan Pühringer und sein Team untersuchen die diskreten Netzwerke der Superreichen. THOMAS HACKL

In Österreich ist Vermögen besonders ungleich verteilt. In kaum einem anderen Land besitzt eine kleine Gruppe Superreicher einen so hohen Anteil am Gesamtvermögen. Wie kommt das?

Stephan Pühringer: Österreich ist in der absoluten internationalen Spitze, was die Vermögenskonzentration betrifft. Bei uns ist ein besonders großer Anteil des Vermögens beim obersten Prozent angesiedelt. Das gilt vor allem für eine Handvoll besonders reicher Personen.

Bei der Besteuerung von Vermögen ist Österreich wiederum bei den Schlusslichtern. Es gibt kaum ein anderes Land, in dem so ein geringer Anteil des Steueraufkommens aus vermögensbezogenen Steuern eingehoben wird.

Ein weiterer Grund ist, dass in Österreich sehr viel Vermögen vererbt wird. Wir haben keine Erbschaftsteuer. Das verstärkt die ungleiche Verteilung von Vermögen zusätzlich.

Wir haben außerdem ein Rechtssystem geschaffen, das in vielen Bereichen die Konzentration von Vermögen durchaus begünstigt. Man denke an Pri-

vatstiftungen. Diese sind ein zentrales Werkzeug, um große Vermögen über Generationen hinweg zu vererben. Privatstiftungen werden aber auch abseits des Erbens dafür eingesetzt, um Vermögen zu verstecken und für Steuerbehörden schwer zugänglich zu machen.

SO SIND DIE NETZWERKE DER SUPERREICHEN AUFGEBAUT

Die Netzwerke der Superreichen sind sehr komplex. Kannst du trotzdem versuchen zu erklären, wie sie funktionieren?

Pühringer: Es gibt mittlerweile einige Studien, die sich auf quantitativen Ebenen mit der Schätzung von Vermögensungleichheit auseinandersetzen. Zusätzlich gibt es Einzelbiografien von Superreichen, die sehr oft Jubelbiografien sind.

Das Dazwischen, der Netzwerkcharakter der Superreichen, war weitgehend unbekannt. Wie ist hier Vermögen strukturiert? Welche Beteiligungskonstrukte gibt es? Wie sind verschiedene Unternehmen über wirtschaftliche Eigentümer:innen miteinander verbunden? Das wollten wir erfor-

Stephan Pühringer ist Sozioökonom und Leiter des Socio-Ecological Transformation Labs an der Johannes Kepler Universität Linz. Er forscht zu Vermögensungleichheit und sozial-ökologischer Transformation. 2025 wurde er mit dem Kurt-Rothschild-Preis ausgezeichnet.
Foto: Kontrast



schen. Man sieht schnell, dass die Netzwerke der Superreichen einerseits wachsen. Genauso sieht man Strukturmerkmale, die sich immer wieder wiederholen.

Sind diese Netzwerke und Beteiligungskonstrukte der Superreichen absichtlich so komplex, um Vermögen vom Finanzamt zu verbergen?

Pühringer: Das kann man sicher so sagen. Man muss aber festhalten, dass nicht jede Art von mehrfacher Unternehmensgründung mit Steuerhinterziehung verknüpft ist. So etwas kann betriebswirtschaftlich Sinn machen, etwa in größeren Unternehmen mit verschiedenen Geschäftssparten. In solchen Unternehmen gibt es oft mehrere GmbHs, um Geschäftsbereiche zu trennen.

Was wir aber in unserer Studie finden, ist derart auf die Spitze getrieben, dass es den Rechtsrahmen völlig überdehnt. An der absoluten Spitze steht bei uns eine Person, die in 250 GmbHs Geschäftsführer ist. Noch deutlicher wird das bei Privatstiftungen. Das Ergebnis unserer Studie ist, dass Privatstiftungen tatsächlich eine Rechtsform sind, die beinahe ausschließlich von den Reichsten der Reichen genutzt wird. Wir haben herausgefunden, dass sich 40 Prozent aller Privatstiftungen im unmittelbaren Umfeld der 60 reichsten Familien befinden.

Hinter diesen Konstrukten steht eine ganze Industrie aus Vermögensverwalter:innen, Kanzleien, einzelnen Anwält:innen und Family-Offices im In- und Ausland. Die Industrie ist zugeschnitten auf diese kleine Gruppe der Superreichen, mit dem Ziel, Rechtsformen gezielt auszunutzen und Steuerbehörden den Zugang zum Vermögen und Einkommen der Superreichen zu erschweren.

SUPERREICHE BEEINFLUSSEN MEDIEN UND POLITIK

In eurer Studie schreibt ihr, dass die Netzwerke der Superreichen einen enormen Einfluss auf Politik und Medien haben. Ist das eine Gefahr für die Demokratie?

Pühringer: Ja, absolut. Das ist auch der zentrale Punkt unserer Studie. Überreiche haben direkten und indirekten Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Dann wird Überreichtum in eine politische Machtkonzentration übersetzt.

Die mediale Vernetzung spielt in unserer Studie eine große Rolle. Mit der Familie Dichand haben wir eine Medienkonzentration in Österreich, die wahrscheinlich weltweit einzigartig ist. Wenn man sich anschaut, wem die Medien in Österreich gehören, dann sind das die katholische Kirche, die Raiffeisen Bank und ein paar wenige reiche Familien wie die Dichands.

SUPERREICHE VERSUS FINANZAMT

Wenn sehr viel Steuergeld bei den Superreichen und ihren Netzwerken zu holen ist, wäre es dann nicht sinnvoll, die Ressourcen in Finanzbehörden auszubauen?

Pühringer: Kurze Antwort: Ja! Es gibt internationale Studien darüber, dass es sich für den Staat wirtschaftlich lohnt, mehr Finanzbeamte:innen einzustellen. Diese Studien zeigen allesamt, dass ein:e zusätzlicher Finanzbeamte:in das Vielfache der eigenen Kosten einbringt.

Und was passiert, wenn wir nichts gegen diese Vermögenskonzentration unternehmen?

Pühringer: Sie verschärft sich immer mehr. Lange war die Idee verbreitet, dass der Reichtum der Superreichen auf den Rest der Gesellschaft hinunter sickern wird und zum Schluss alle besser dran sind. Etliche Studien zeigen aber, dass das nicht funktioniert.

Und wie schon erwähnt, lässt sich diese wirtschaftliche Macht einiger weniger in mediale und politische Macht übersetzen. Das führt zu einer Krise der Demokratie. Genauso ist es ein ökologisches Problem. Superreiche stoßen viel mehr CO₂ aus als der Rest der Bevölkerung.

Das heißt, wir können uns Überreichtum weder ökologisch noch sozial, politisch oder ökonomisch leisten.

Wir leben in einer Welt, die in vielen Bereichen Krisen erlebt. Wenn man hier jetzt nicht sehr schnell etwas unternimmt, werden sich diese Tendenzen weiter verstärken.



IM NAMEN DES KAPITALS: WIE DIE KIRCHE MILLIARDEN VERWALTET

Mit einem Milliardenvermögen und tausenden Hektar Land gehört die katholische Kirche zu den größten Eigentümern Österreichs. Ihr Besitz umfasst Wälder, landwirtschaftliche Flächen, Weingüter, Immobilien und Beteiligungen an Unternehmen. Hinter diesem Vermögen steht ein weit verzweigtes Netzwerk aus Diözesen, Pfarren, Orden, Stiftungen und Vereinen. LENA KRAINZ

Neun Diözesen, über 3.000 Pfarren und rund 200 Ordensgemeinschaften verwalten ihre Besitztümer weitgehend eigenständig. Insgesamt gibt es schätzungsweise mehr als 10.000 kirchliche Rechtsträger. Mit einem geschätzten Vermögen von rund 4,5 Milliarden Euro zählt die katholische Kirche zu den zehn größten privaten Eigentümern Österreichs. Ihr Besitz reicht weit über Kirchengebäude hinaus.

WÄLDER, BODEN & IMMOBILIEN: EIN RIESIGES GRUNDVERMÖGEN

Die Kirche zählt seit Jahrhunderten zu den größten Grundbesitzern Österreichs. Ihr gesamter Grundbesitz wird auf 250.000 Hektar geschätzt – eine Fläche fast so groß wie Vorarlberg. Den größten Anteil machen Wälder aus, aber auch landwirtschaftliche Flächen, Weinbaugebiete und Bauland gehören dazu. Das Stift Admont ist dabei einer der größten privaten Grundeigentümer Öster-

reichs und der siebtgrößte Grundbesitzer des Landes. Viele kirchliche Einrichtungen nutzen diesen Besitz auch wirtschaftlich. Dazu zählen unter anderem Jagd, Forstwirtschaft, Fischerei, Energiegewinnung und Immobilienverwaltung. Das Stift Admont betreibt unter anderem zehn Kleinkraftwerke, Photovoltaikanlagen und ein Biomasse-Heizkraftwerk und ist Eigentümer der Admonter Holzindustrie AG. Das Stift Schlägl wiederum hält Anteile am Skigebiet Hochficht, während Stifte wie Melk und Admont ihre historischen Anlagen touristisch vermarkten.

Auch im Wohnbau spielt die Kirche eine Rolle. Über Gesellschaften wie Heimat Österreich oder ELAG Immobilien werden Wohnungen und Gewerbeflächen verwaltet. Heimat Österreich betreut etwa 22.500 Einheiten und zählt damit zu den größeren gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften Österreichs.

DIE KIRCHE ALS MEDIENBESITZERIN

Neben Land und Immobilien besitzt die katholische Kirche auch bedeutende Anteile an der österreichischen Medienlandschaft. Die Styria Media Group AG, eines der größten Medienunternehmen Österreichs, befindet sich zu 98,33 Prozent im Eigentum der Katholischen Medien Verein Privatstiftung. Zum Konzern gehören unter anderem die Kleine Zeitung, Die Presse und Die Furche sowie mehrere Regionalmedien.

Auch im Rundfunk- und Onlinebereich ist die Styria aktiv: Dazu zählen Beteiligungen an Antenne Kärnten, Antenne Steiermark und SAT.1 Österreich sowie digitale Angebote wie ichkoche.at, sportaktiv.com und Teile von willhaben.at. In Niederösterreich gehört mit den Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN) ebenfalls ein bedeutendes Regionalmedium kirchennahen Trägern.

DAS ENDE DER DEMOKRATISCHEN GEWISSHEIT

Jahrzehntelang galt die liberale Demokratie als politisches Erfolgsmodell der Moderne. Doch der aktuelle „Democracy Report“ des „Varieties of Democracy“-Instituts zeigt einen historischen Wendepunkt: Erstmals seit mehr als zwanzig Jahren gibt es weltweit mehr autoritäre als demokratische Staaten. Auch die USA haben ihren Status als liberale Demokratie verloren. KATHARINA OPLETAL-LANG

Anfang der 1990er Jahre prägte der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit dem Begriff vom „Ende der Geschichte“ die Vorstellung, dass Demokratien sich als politische Erfolgsmodelle weltweit durchsetzen – auf lange Sicht. Der „Democracy Report 2026“ belehrt uns jedoch eines Besseren. Er zeigt eine Wende.

92 Länder werden heute autoritär regiert. Nur 87 gelten noch als demokratisch. Erstmals seit mehr als zwanzig Jahren gibt es damit weltweit mehr Autokratien als Demokratien.

Noch entscheidender als die Zahl der Staaten ist jedoch die Zahl der Menschen, die betroffen sind. 74 Prozent der Weltbevölkerung – fast drei von vier Menschen – leben heute unter

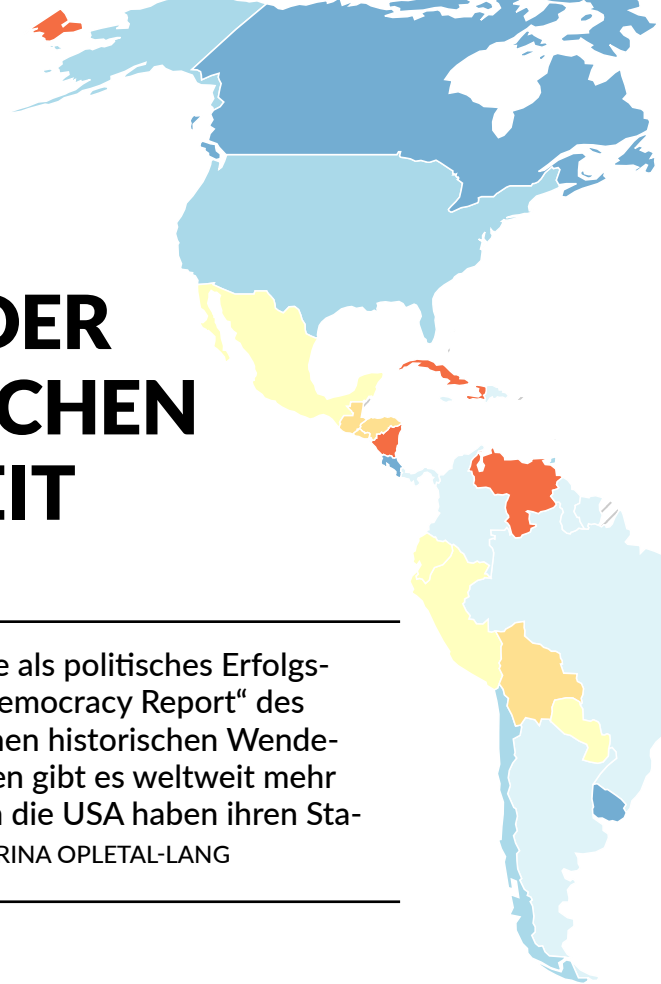
autoritären Bedingungen (siehe Grafik). Das ist ein Wert, der zuletzt 1978 erreicht wurde. Dabei ist Autoritarismus nicht überall gleich. Besonders stark wächst die Zahl sogenannter Wahl-Autokratien. In diesen Systemen finden zwar Wahlen statt, doch Regierungen kontrollieren Medien, schwächen die Opposition, schränken Kritiker:innen ein und vereinnahmen die Justiz.

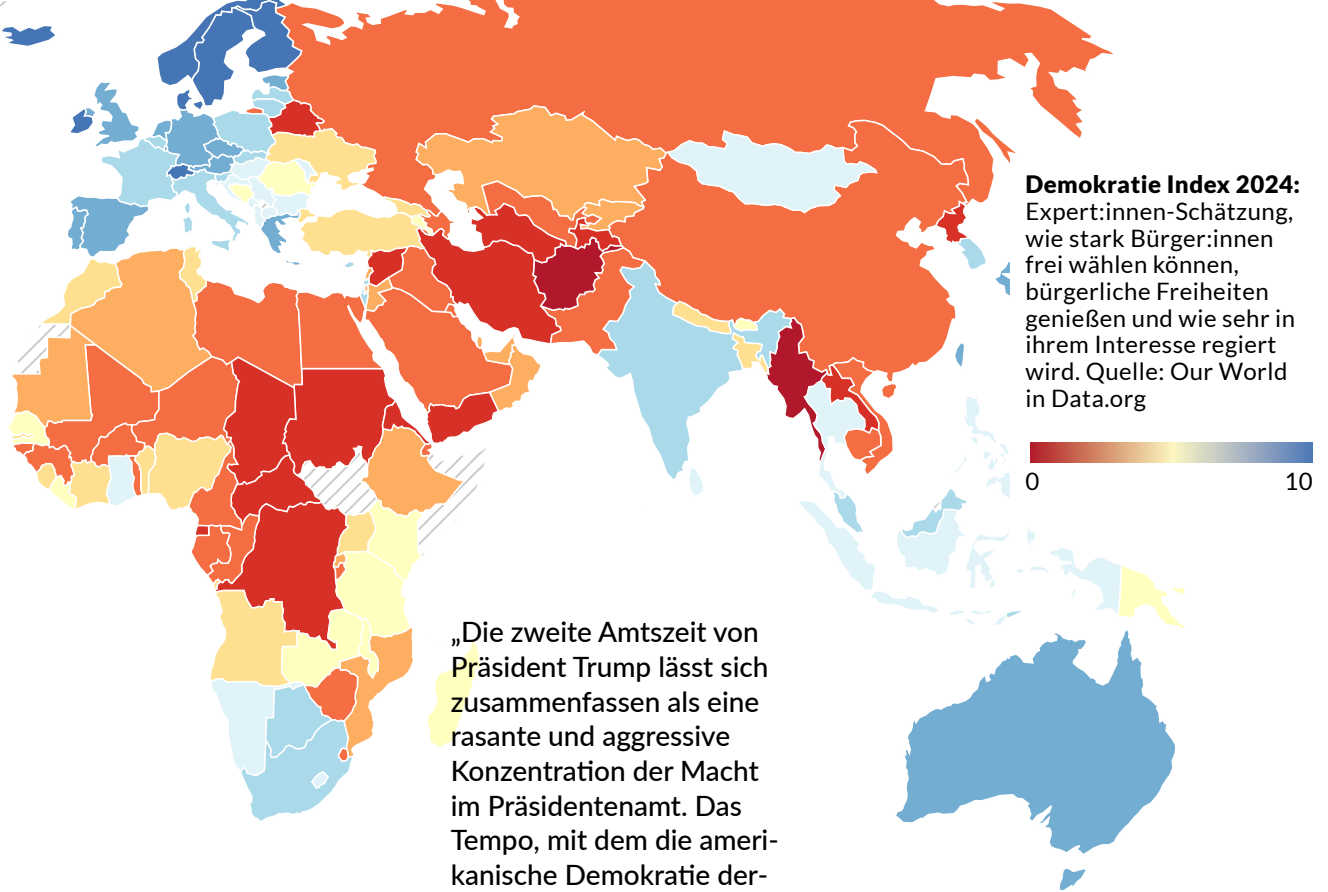
Indien, die Türkei, Ungarn oder El Salvador gehören zu dieser Gruppe. Das „V-Dem Institute“ beschreibt diesen Typus als den „worst of both worlds“-Typus: Diese Systeme behalten demokratische Elemente bei, während sie die Einrichtungen aushöhlen, die Demokratie überhaupt ermöglichen.

Daneben nimmt auch die Zahl geschlossener Autokratien zu. Das sind Staaten ohne echte Wahlen und mit Einschränkungen grundlegender Rechte. 35 Länder gehören inzwischen dazu. Darunter ist auch Weißrussland als erste geschlossene Autokratie in Europa seit einem Vierteljahrhundert.

AUTOKRATIEN BEKOMMEN IMMER MEHR MACHT IN DER WELTWIRTSCHAFT

Autokratien kontrollieren heute damit einen größeren Anteil der weltweiten Wirtschaftsleistung als jemals in den letzten 50 Jahren. China dominiert wichtige Weltmärkte, aber auch die wirtschaftliche Bedeutung von Staaten wie Indien, Saudi-Arabien oder der Türkei wächst.





Damit sinkt zugleich das relative Gewicht demokratischer Staaten. Das hat Folgen für die internationale Zusammenarbeit, Handelsbeziehungen und Sicherheitspolitik.

Die Forscher:innen hinter dem „Democracy Report“ sprechen von einer „Welle der Autokratisierung“, die seit über 25 Jahren anhält. Sie umfasst die Schwächung von Rechten und Einrichtungen in etablierten Demokratien, den Zusammenbruch des Systems in anderen Ländern, die schon demokratisch waren, sowie die Verfestigung von Autokratie in bereits autokratischen Staaten.

DIE USA HABEN IHREN STATUS ALS LIBERALE DEMOKRATIE VERLOREN
Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung in den USA. Die USA haben erstmals seit 50 Jahren den Status einer „liberalen Demokratie“ verloren und gelten nur noch als „Wahldemokratie“.

Die Kontrolle der Regierung durch den Kongress hat stark abgenommen und liegt auf dem niedrigsten Stand seit über 100 Jahren. Bürgerrechte, Gleichheit vor dem Gesetz sowie Meinungs- und Medienfreiheit befinden sich laut Bericht auf dem niedrigsten Stand seit 60 Jahren.

MEDIENKONTROLLE, VERROHUNG DER DEBATTE UND ANGRIFFE AUF DIE WISSENSCHAFT

Demokratien verschwinden heute selten durch einen plötzlichen Putsch. Ihr Niedergang beginnt oft schleichend: mit Angriffen auf die öffentliche Debatte. In 44 Ländern verschlechtert sich aktuell die Meinungs- und Pressefreiheit, darunter Indien, El Salvador und Russland. Zensur, staatliche Kontrolle von Me-

dien, Druck auf Journalist:innen und Einschränkungen wissenschaftlicher Freiheiten zählen laut dem „V-Dem-Institut“ zu den ersten Warnzeichen einer Autokratisierung.

Auch Wahlen allein schützen nicht vor autoritärem Wandel. 2024 war eines der größten Wahljahre der Geschichte. Doch nur 11 von 74 Ländern änderten ihren politischen Kurs. Sieben davon entwickelten sich weiter in Richtung Autokratie.

WAHLEN ALLEIN GARANTIEREN KEINE FREIHEITEN

Es gibt jedoch auch Gegenbeispiele: Malaysia, Honduras und Fidschi zeigen vorsichtige, aber reale Schritte hin zu stärkerer demokratischer Öffnung.

Demokratie lässt sich, das ist wohl die wichtigste Ableitung, nicht allein daran messen, ob Wahlen stattfinden.

Es geht auch um Parteilichkeit, Rechtsstaatlichkeit, die Möglichkeit zur Teilhabe, bürgerliche Freiheiten und den Stand der politischen Kultur zwischen den verschiedenen Akteuren:innen.

Der Vergleich der Werte zwischen 2006 und 2024 zeigt jedenfalls einen langfristigen Trend: Demokratie ist kein linearer Fortschritt, sondern ein politisches System, das an Qualität gewinnen, aber auch verlieren kann.

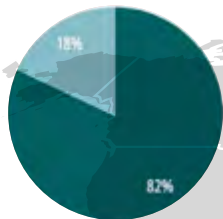
DIE SCHATTIERUNGEN DER DEMOKRATIE

„Varieties of Democracy“ erstellt die weltweit größte Datenbank und jährliche Berichte über Demokratien. Sie umfasst Informationen zu 202 Ländern aus dem Zeitraum von 1789 bis 2024. Mehr als 4.200 Wissenschaftler:innen und Länderexpert:innen arbeiten daran mit. Sie untersuchen dabei mehr als 600 verschiedene Merkmale von Demokratie.



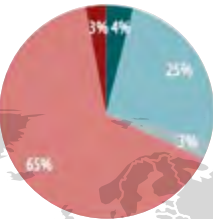
NORDAMERIKA UND WESTEUROPA

FRAGILER ALS IN DER VERGANGENHEIT



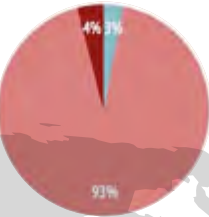
OSTEUROPA

KNAPP ZWEIDRITTEL AUTOKRATISCH



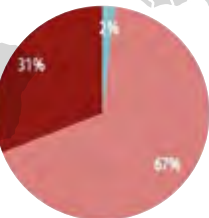
ASIEN

KAUM DEMOKRATIE



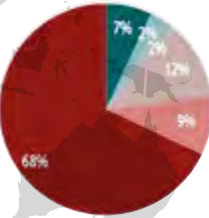
NORDAFRIKA & MITTLERER OSTEN

NUR 2 PROZENT HABEN DIE FREIE WAHL



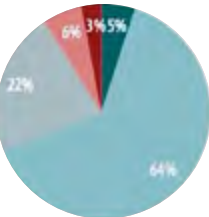
OSTASIEN & PAZIFIK

DREIVIERTEL AUTOKRATISCH



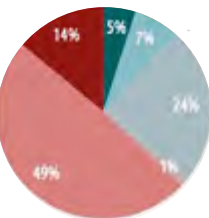
LATEINAMERIKA & KARIBIK

MEHR ALS ZWEITDRITTEL WAHLDEMOKRATIEN



SUBSAHARA-AFRIKA

ZWEIDRITTEL AUTOKRATISCH



ÜBERREICHTUM UND UNGLEICHHEIT HÖHLEN DEMOKRATIEN AUS

Es sind Verhältnisse wie im Jahr 1900. Da war die Welt noch in Monarchien und Imperien organisiert. Gigantische Vermögen waren in den Händen einiger weniger Familien. Ob Star-Ökonom Thomas Piketty, Nobelpreisträger Joseph Stiglitz oder Hilfsorganisationen wie Oxfam - alle sagen: Zu viel Reichtum ist in den Händen zu weniger Menschen. Diese Ungleichheit schwächt Volkswirtschaften und gefährdet Demokratien. KATHRIN GLÖSEL

Etwa 3.000 Milliardäre besitzen heute gemeinsam 18,3 Billionen US-Dollar. Seit 2020 ist ihr Vermögen inflationsbereinigt um 80 Prozent gewachsen. Elon Musk verdient laut Oxfam in nur vier Sekunden das, was andere in einem Jahr machen. Währenddessen lebt rund die Hälfte der Menschheit in Armut. Mehr als jeder vierte Mensch leidet an Hunger. Für Oxfam und Joseph Stiglitz erzählen diese Zahlen keine Geschichte über individuelle Leistung, sondern über politische Entscheidungen. Zu wenig Markt-Kontrolle, gesenkte Spitzensteuern, Steuertricks durch Unternehmen, geschwächte Gewerkschaften und die wachsende Macht einzelner Konzerne haben eine Entwicklung begünstigt, in der das reichste Prozent etwa die Hälfte des Vermögens der Welt auf sich vereint. Der ärmeren Hälfte der Welt bleibt gerade einmal ein Prozent.

BIS ZU SIEBEN MAL HÖHERES RISIKO FÜR DEMOKRATIEABBAU

Die Folgen reichen über die bloße Verteilungsfrage hinaus. Wer über große Vermögen verfügt, kann politischen Einfluss kaufen:

durch Lobbying, Wahlkampfspenden oder Medienbesitz. Mehr als die Hälfte der größten Medienunternehmen gehört Milliardären, ebenso der Großteil der größten sozialen Netzwerke und KI-Plattformen.

Wenn wenige Menschen zugleich über Wirtschaft, Politik und öffentliche Debatten bestimmen, sind die Spielregeln der Demokratie irgendwann außer Kraft gesetzt.

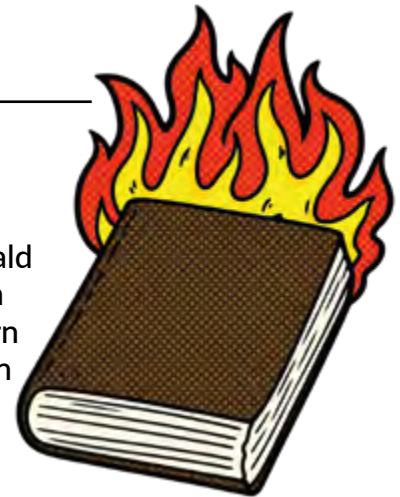
Oxfam verweist auf Studien, wonach Staaten mit extremer Vermögensungleichheit ein bis zu 7 Mal höheres Risiko haben, dass demokratische Rechte und Prinzipien abgebaut werden. Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz sieht in der Schieflage bei Vermögen auch ökologische Gefahren. Ungleichheit schwächt die Nachfrage, erschwert Investitionen in Bildung und Gesundheit und bremst langfristig das Wachstum. Zugleich tragen Superreiche mit ihrem Konsum und ihren Finanzentscheidungen überproportional zur Klimakrise bei. Deren Folgen treffen vor allem jene, die sie am wenigsten verschuldet haben.

Sowohl Oxfam als auch Stiglitz fordern deshalb bewusste politische Entscheidungen, um einen Gegentrend einzuleiten: Höhere Steuern auf große Vermögen, strengere Regeln gegen Monopole, Lobbying und Steuerflucht. Steuerpolitik wird damit auch zu Demokratietpolitik.

TRUMP, AFD UND FPÖ: IM NAMEN DER FREIHEIT GEGEN DIE FREIHEIT

Republikaner in den USA, die AfD in Deutschland oder die FPÖ in Österreich: Sie alle wettern gegen angebliche „Zensur“, „Wokeness“ und einen linken Meinungsterror. Sie inszenieren sich als Verteidiger der Freiheit. Doch sobald sie politische Macht bekommen, nehmen sie Bürger:innen genau solche Freiheiten. Sie verbannen Bücher, schüchtern Lehrkräfte und Journalist:innen ein, lassen Kunst zerstören und wollen bestimmen, wie wir reden dürfen. Die sogenannte „Cancel Culture“, sie kommt von rechts.

KATHRIN GLÖSEL



In den USA nutzt Donald Trump seine zweite Amtszeit, um alles aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, was ihm und christlichen Nationalisten nicht genehm ist. Im Schuljahr 2024/25 hat die Regierung Tausende Bücher an öffentlichen Schulen verboten oder entfernt, besonders in republikanisch regierten Bundesstaaten. Betroffen sind Werke wie „The Handmaid’s Tale“, „1984“ oder Bücher mit Schwarzen und queeren Hauptfiguren.

Gleichzeitig erklärte Trump Diversitäts- und Inklusionsprogramme für „illegal und unmoralisch“ und stoppte Förderungen. Wissenschaftlichen Projekten, in denen Begriffe wie „Gender Identity“ oder „racial equity“ vorkamen, wurden Gelder ent-

zogen. Das hat Forschung zu Krebs, zum Mutterschutz und zur Gesundheit marginalisierter Gruppen negativ getroffen. Ministerien, die NASA und das Militär löschten oder versteckten Webseiten über Frauen, Schwarze und queere Menschen. Museen geraten unter Druck, wenn sie Sklaverei oder Rassismus kritisch thematisieren.

Das ist keine Debatte über Befindlichkeiten. Das ist staatlich organisierte Zensur. Eine Regierung entscheidet mit Erlässen, Budgets und Behördenmacht, was lesbar, sichtbar und erforschbar bleibt.

Auch Medien stellt die US-Regierung öffentlich an den Pranger: Auf einer eigenen Webseite listet sie die Namen

von Journalist:innen auf, die sie als schlecht brandmarkt. Wer so handelt, will Blattlinien bestimmen und sich selbst unantastbar machen.

DIE RECHTEN SIND DIE WAHRE SPRACHPOLIZEI

In Österreich geht derselbe Kulturkampf vorerst kleiner und bürokratischer vonstatten. Die FPÖ klagt über „Genderzwang“ und eine angebliche Sprachpolizei. Tatsächlich reguliert sie selbst am stärksten, was in Tastaturen getippt werden darf. Nationalratspräsident Walter Rosenkranz hat genderinklusive Schreibweisen aus offiziellen Parlamentsdokumenten verbannt. Unter ÖVP-Führung wurde auch der Leitfaden im Bundeskanzleramt geändert. In Niederösterreich

und in der Steiermark verbietet man Binnen-I, Sternchen und ähnliche Formen in offiziellen Schreiben.

Natürlich kann man über geschlechtergerechte Sprache streiten. Aber kaum jemand wird ernsthaft behaupten, das Binnen-I sei eines der größten Probleme des Landes. Warum also dieser Eifer? Weil Schreibweisen Frauen und queeren Menschen Sichtbarkeit geben. Und diese wollen autoritäre Kräfte ausmerzen. Bürokratie wird dabei zum Werkzeug.

Doch dabei bleibt es nicht. Die FPÖ sammelt Daten über Vereine, ihre Tätigkeiten, Veranstaltungen und Personen. Unter dem Schlagwort „Transparenz“ attackiert die FPÖ Organisationen, die sich für Minderheiten oder die Umwelt einsetzen. Kleine Förderungen werden zum

Skandal aufgeblasen, während die Partei selbst über Millionen an Partei- und Klubförderung verfügt. Ziel ist nicht Sparsamkeit. Ziel sind Einschüchterung und das Austrocknen der Zivilgesellschaft, sofern sie nicht „auf Linie“ ist.

Das Muster ist europaweit ähnlich. Schon Viktor Orbáns Ungarn ging gegen unabhängige Medien und NGOs vor. In der Slowakei werden Registrierungspflichten gefordert. AfD-Chefin Alice Weidel will den „NGO-Sumpf austrocknen“. Was unbequem ist, soll weg. Eine lebendige Zivilgesellschaft? Die ist autoritären Kräften nur lästig.

LEHRKRÄFTE UND KINDERGÄRTNERINNEN GERATEN INS VISIER

Rechte bis rechtsextreme Akteur:innen machen auch Kindergärten und

Schulen zum politischen Spielfeld. Sie fordern nach außen „parteilose“ Bildung, wollen aber selbst bestimmen, welche Bilderbücher man in Kindergärten anschauen und was man im Unterricht sagen darf. In Bayern hat die CSU den Genderstern, Doppelpunkt und das Binnen-I in Schulen und Behörden verboten. Die AfD fordert ähnliches, samt Sanktionen gegen Lehrer:innen. Die FPÖ warnt aufgeregt vor Kinderbüchern, die Pubertät und Sexualität thematisieren.

Gefährlich wird es, wenn man einzelne Lehrer:innen in Social Media-Netzwerken mit Namen herausgreift und damit einen Online-Mob auf sie lenkt, weil die Lehrkräfte trans Jugendliche unterstützen oder über Rechtsextremismus aufklären. Die FPÖ betrieb 2017 in Oberösterreich sogar eine Meldestelle für unliebsame Lehrkräfte und will ein solches Denunziationsinstrument laut Wahlprogramm bundesweit einführen.

Das alles zeigt: Wenn Rechte sich beklagen, nichts mehr sagen zu dürfen, wollen sie sich nur in eine Opferrolle bringen, weil sie Kritik nicht aushalten. Die wahre Zensur betreiben sie selbst, sobald sie an der Macht sind.

Wer Bücher verbietet, Archive löscht, Forschung unterbindet, verteidigt keine Freiheit.

Wer nichts Besseres zu tun hat, als ein großes „I“ zu verbieten, schützt nicht unsere Sprache.

Wer Vereine austrocknen und Lehrkräfte einschüchtern will, verteidigt keine Kultur.

Wer all das tut, will nur mehr Macht – und weniger Widerspruch. Und am Ende weniger Freiheit.

Unter Donald Trump haben die USA den Status einer liberalen Demokratie verloren.





WAHLEN ALLEIN REICHEN NICHT, UM KORRUPTION ZU VERHINDERN

In einer Demokratie entscheiden die Wahlberechtigten, wer politische Macht erhält. Bei der nächsten Wahl können sie sich für andere Parteien oder Kandidat:innen entscheiden. Daraus ließe sich schließen, dass Demokratien grundsätzlich weniger korrupt sind. Doch gerade in jungen oder geschwächten Demokratien kann Korruption zunächst sogar zunehmen. JULIUS SCHIEDAT

Korruption bedeutet, dass jemand ein öffentliches Amt zum eigenen Vorteil nutzt. Dazu zählen nicht nur Bestechungsgelder. Korruption liegt auch vor, wenn Politiker:innen staatliche Aufträge an Freunde oder Bekannte vergeben, wichtige Posten mit loyalen Parteimitgliedern besetzen oder bestimmten Gruppen Vorteile für ihre Stimmen versprechen.

Doch Demokratie besteht aus mehr als Wahlen. Dazu gehören freie Medien, unabhängige Gerichte, ein Parlament, das die Regierung kontrolliert, und Behörden, die nach klaren Regeln arbeiten. Erst ihr Zusammenspiel kann Machtmissbrauch wirksam begrenzen.

JUNGE DEMOKRATIEN SIND ANFÄLLIG FÜR KORRUPTION

Wenn ein autoritäres Land demokratischer wird, können mehr Menschen und Gruppen politisch mitbestimmen. Parteien brauchen nun Stimmen, Geld und Unterstützer:innen.

Gerichte, Medien und Kontrollorgane müssen jedoch erst aufgebaut werden und können die Regierung anfangs oft nur unzureichend kontrollieren. Schwach bleibt die Kontrolle etwa, wenn die Regierung vor allem ihr nahestehende Richter:innen ernennt, Parteien ihre Geldquellen nicht offenlegen müssen oder Medien nicht frei arbeiten können.

Gerade in dieser Phase sind Demokratien anfällig für Korruption. Die Studie: „Democracy and political corruption: A cross-national comparison“ untersuchte 103 Länder während des Demokratieprozesses über einen Zeitraum von fünf Jahren. Das Ergebnis: Korruption ging zunächst zurück, nahm in einer frühen Demokratiephase wieder zu und ging mit dem Ausbau demokratischer Kontrollen erneut zurück. Der Politikwissenschaftler Hung-En Sung von der University of New York führt dieses Muster unter an-

derem auf den schnellen politischen und wirtschaftlichen Wandel zurück. Dabei entstehen neue Möglichkeiten, sich an öffentlichen Geldern oder Ämtern zu bereichern, während Gerichte, Parlamente und Behörden solche Verstöße noch nicht wirksam verhindern oder bestrafen können. Das bedeutet nicht, dass Demokratie Korruption verursacht.

Das Problem entsteht, wenn der politische Wettbewerb schneller wächst, als Gerichte, Behörden, Medien und Zivilgesellschaft ihn kontrollieren können.



IN GEFESTIGTEN DEMOKRATIEN LÄSST SICH KORRUPTION BEGRENZEN

In einer gefestigten Demokratie wird politische Macht von mehreren Seiten kontrolliert. Bürger:innen können korrupte Politiker:innen abwählen. Parlamente können Untersuchungen einleiten, Gerichte Amtsträger:innen verurteilen, Medien geheime Absprachen aufdecken. Behörden müssen zudem offenlegen, wofür sie öffentliche Gelder ausgeben.

Ein Beispiel: Ein Minister vergibt einen Millionenauftrag ohne Ausschreibung an einen Freund. Sind die Kontrollen schwach, bleibt der Vor-

gang womöglich geheim oder folgenlos. In einer gefestigten Demokratie können Medien den Fall öffentlich machen. Anschließend prüfen Parlament oder Kontrollbehörden den Vorgang. Ein unabhängiges Gericht entscheidet, ob Gesetze verletzt wurden. Solche Kontrollen wirken auch abschreckend: Wer mit Aufdeckung und Strafe rechnen muss, geht das Risiko oft gar nicht erst ein.

Entscheidend ist das Zusammenspiel. Wahlen allein genügen nicht. Auch unabhängige Gerichte können wenig bewirken, wenn Journalist:innen keinen Zugang zu Informationen haben oder die Regierung Richter:innen kontrolliert und politisch unter Druck setzt.

ERLAUBTE EINFLUSSNAHME: LOBBYISMUS

Korruption ist in Österreich und der EU verboten. Doch nicht jede politische Einflussnahme ist illegal. Hohe Parteispenden, intensive Lobbyarbeit oder der Wechsel von Politiker:innen in gut bezahlte Unternehmensposten können völlig legal sein.

Lobbyismus bedeutet, dass Unternehmen, Verbände oder andere Interessengruppen versuchen, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Sie führen Gespräche mit Politiker:innen, veröffentlichen Studien oder starten Kampagnen. Ihr Ziel ist es, Gesetze und politische Regeln im eigenen Interesse mitzugestalten.

Das Problem: Manche Gruppen verfügen über deutlich mehr Geld und bessere Kontakte als andere. Laut einer 2025 veröffentlichten Auswertung meldete die Technologiebranche auf EU-Ebene jährliche Lobbyausgaben von rund 151 Millionen Euro. Allein in der ersten Jahreshälfte 2025 wurden zudem 378 Treffen mit leitenden EU-Kommissionsvertreter:innen und Abgeordneten des Europäischen Parlaments gezählt. Das entspricht im Schnitt drei Treffen pro Arbeitstag.

Vertreter:innen der Zivilgesellschaft erhalten laut der Auswertung deutlich seltener Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen.

Lobbyismus ist nicht automatisch Korruption. Er zeigt jedoch, dass das Abhalten von Wahlen allein nicht genügt. Ohne Transparenz und wirksame Regeln finden vor allem jene Gehör, die über viel Geld und gute Kontakte verfügen.

WO MAN DIE FÜRSORGE DES STAATES SPÜRT, STEIGT AUCH DAS VERTRAUEN IN DEMOKRATIE

Dass die Welt und Industrien im Wandel sind, spürt man auf regionaler Ebene besonders stark. Wenn alte Industrien und große Arbeitgeber verloren gehen und abwandern oder sich ganze Produktionsketten ändern, verändert es das Gefüge in Gemeinden. Es geht dann nicht mehr bloß um wirtschaftliche Fragen, sondern auch um das Gefühl der Menschen in den Regionen – und ob sie den Eindruck haben, dass „die Politik“ ihre Lage wahrnimmt. Die Bertelsmann-Stiftung hat untersucht, welches Gewicht Regionalpolitik hat, einen Ort lebenswert zu machen und das Vertrauen in Demokratie zu stärken. KATHRIN GLÖSEL

Digitalisierung, Automatisierung und der Wandel hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft verändern viele Regionen grundlegend. Besonders betroffen sind Gebiete, die lange von einzelnen Industriezweigen gelebt haben und nun vor der Aufgabe stehen, neue wirtschaftliche Perspektiven zu entwickeln.

Die Folgen zeigen sich nicht nur bei Unternehmen und Arbeitsplätzen. Wenn Menschen den Eindruck gewinnen, dass ihre Region an Bedeutung verliert oder politische Unterstützung ausbleibt, kann dies auch das Vertrauen in staatliche Institutionen beeinflussen. Die Studie „Regionalpolitik als Stabilitätsanker im Strukturwandel?“ zeigt, dass solche Erfahrungen mit einer stärkeren Unterstützung populistischer Parteien zusammenhängen können.

Damit bekommt Regionalpolitik eine zusätzliche Bedeutung. Sie kann nicht nur wirtschaftliche Unterschie-

de ausgleichen, sondern auch dazu beitragen, dass Menschen den Wandel als bewältigbar und gestaltbar erleben. Die Frage ist deshalb, ob staatliche Investitionen vor Ort als Zeichen wahrgenommen werden, dass Politik handlungsfähig bleibt und Demokratie funktioniert.

INVESTITIONEN IN INFRASTRUKTUR VERMITTELN, DASS DER STAAT HANDLUNGSFÄHIG IST

Die Studie der Bertelsmann Stiftung untersucht das „Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen (GFS)“ in Deutschland. Das GFS unterstützt Unternehmen, den Ausbau von Infrastruktur, die Digitalisierung, Innovationsprojekte und Angebote für gesellschaftliche Teilhabe. Ziel ist es, schwächere Regionen zu stärken und überall ähnliche Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Um die politischen Folgen der Förderung zu untersuchen, haben die Forschenden Daten zu den Fördermitteln

in den einzelnen Landkreisen mit Informationen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie mit Wahlergebnissen verglichen. Im Mittelpunkt standen die Landtagswahlen in Niedersachsen, Bayern und Hessen aus den Jahren 2022 und 2023. Dabei betrachteten sie vor allem die Stimmenanteile der AfD.

Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem Investitionen in Infrastruktur mit einer geringeren Unterstützung der AfD zusammenhängen. Auch bei der Wirtschaftsförderung zeigt sich ein ähnlicher Trend, der Zusammenhang ist dort jedoch statistisch nicht eindeutig.

Eine Erklärung sieht die Studie darin, dass Menschen sichtbare Projekte im Alltag stärker wahrnehmen. Eine bessere Infrastruktur, ein schnellerer Internetzugang oder andere konkrete Verbesserungen können zeigen, dass staatliche Unterstützung tatsächlich vor Ort ankommt.

In der eigenen Umgebung spürt man sofort, wo Politik wirkt – und wo sie einen allein lässt. Foto: Unsplash/Kyle Nieber



Weniger sichtbare Förderungen entfalten laut Studie nicht automatisch dieselbe Wirkung.

Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang in Regionen, die stark vom wirtschaftlichen Wandel betroffen sind. In Landkreisen mit vielen Arbeitsplätzen in Branchen, die viel CO₂ ausstoßen, wirkt sich Infrastrukturförderung stärker aus als in weniger emissionsstarken Gebieten.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine zusätzliche Infrastrukturförderung von 100 Euro pro Einwohner in diesen Regionen rechnerisch mit einem Rückgang des AfD-Stimmenanteils um etwa einen Prozentpunkt verbunden ist.

REGIONALPOLITIK SOLL HIER UND JETZT HELFEN, ABER AUCH LANGFRISTIG WIRKEN

Die Untersuchung zeigt zugleich eine Herausforderung von Regionalpolitik. Viele Fördermittel für Infrastruktur und Wirtschaft fließen in Regionen, die besonders stark unter dem Strukturwandel leiden. Bei Programmen, die Innovation und neue Technologien fördern sollen, ist die Verteilung jedoch anders: Sie erreichen häufiger bereits gut aufgestellte Standorte.

Für Regionen im industriellen Wandel kann daraus ein Problem entstehen. Sie bekommen Unterstützung, um bestehende Strukturen zu sichern, profitieren aber nicht immer im gleichen Maß von Förderungen, die neue wirtschaftliche Entwicklungen anstoßen sollen. Die Studie sieht darin eine mögliche Lücke zwischen

der kurzfristigen Stabilisierung von Regionen und der langfristigen Aufgabe, neue Perspektiven zu schaffen.

VERTRAUEN ENTSTEHT DORT, WO DER STAAT POSITIV SPÜRBAR WIRD

Die Ergebnisse legen nahe, dass Regionalpolitik nicht allein eine Frage von Fördersummen ist. Entscheidend ist auch, ob Menschen dann die positiven Veränderungen in ihrer Umgebung sehen und erleben können.

Eine Investition in eine Region kann nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Bedeutung bekommen, weil sie sich in mehr Vertrauen ins politische System und in weniger Protest nach Rechtsaußen niederschlägt.

EIN NETZWERK AUS RECHTEN KRAWALLMEDIEN UND INVESTOREN. MITTENDRIN: SEBASTIAN KURZ

Nach seinem Rückzug aus der Politik ist Sebastian Kurz (ÖVP) Teil eines internationalen Netzwerks, das Investoren, Medien und Politiker verbindet. Mit dabei sind frühere ÖVP-Vertraute, ein CDU-naher Multimillionär, rechte Onlinemedien und Viktor Orbán. Ihr gemeinsames Ziel: die politische Debatte weiter nach rechts zu verschieben. KARINA STUHLPFARRER, ANNA WEISZ

Nach seinem Ausscheiden aus der Politik im Jahr 2021 wandte sich Sebastian Kurz der Wirtschaft zu. Er investierte in Start-ups und arbeitete als Berater für den Tech-Milliardär Peter Thiel. Der US-Unternehmer gilt als einer der wichtigsten Unterstützer Donald Trumps und vertritt öffentlich die Auffassung, Freiheit sei nicht mit Demokratie vereinbar.

2022 gründete Kurz gemeinsam mit dem früheren ÖVP-Großspender Gerd Alexander Schütz die Investmentgesellschaft AS2K. Ihr Sitz befand sich bis vor Kurzem in der Wiener Fichtegasse. Unter derselben Adresse sind auch Unternehmen mehrerer früherer Kurz-Vertrauter registriert – darunter Firmen von der ehemaligen ÖVP-Generalsekretärin Elisabeth Köstinger, von Kurz' einstigem Kabinettschef Bernhard Bonelli sowie vom früheren Finanzminister Gernot Blümel.

Dessen GT3 Management GmbH ist dort angesiedelt. Hinter dem Unternehmen steht der CDU-nahe Mul-

timillionär Frank Gotthardt. Er ist Eigentümer und Financier des rechtspopulistischen Nachrichtensportals NIUS.

NIUS MACHT KULTURKAMPF ZUR BLATTLINIE

NIUS ging 2023 online und machte sich rasch mit rechter Meinungs-mache und gezielten Provokationen einen Namen. Die Politikwissenschaftlerin Kira Ayyadi bezeichnete das Portal 2025 als einen „wichtigen Gehilfen“ der extremen Rechten. Nach ihrer Einschätzung sollen unter anderem Deep-State-Erzählungen und Hetzkampagnen dazu beitragen, die Grenzen zwischen CDU und AfD aufzuweichen und das konservative Spektrum zu radikalisieren. Das Gesicht von NIUS ist der frühere „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt. In seinem Format „Achtung Reichelt!“ bezeichnet er NGOs etwa als „Schattenregierungen“, die den Willen der Bevölkerung brechen wollten. Die Attacken erinnern stark an die Angriffe der Kickl-FPÖ gegen NGOs in Österreich.

Sebastian Kurz war bereits Interview-Gast bei NIUS. Reichelt und Kurz duzen sich seit Kurz' Zeit als Kanzler.

ALTE KURZ-VERTRAUTE FÜHREN NIUS UND EXXPRESS

Frank Gotthardt investiert nicht nur in NIUS, sondern auch in das österreichische Nachrichtenportal Exxpress. Das Medium fällt immer wieder durch einseitige Berichterstattung, Falschmeldungen und rechte Stimmungsmache auf.

An Exxpress beteiligt ist auch Gerd Alexander Schütz, der Geschäftspartner und ehemalige Financier von Kurz. Die personellen Verbindungen reichen noch weiter: Vera Regensburger, einst ÖVP-Vizekabinettschefin und heute Geschäftsführerin von Kurz' Beteiligungsgesellschaft AS2K, führt zugleich die Geschäfte von NIUS und Exxpress. Auch die frühere ÖVP-Generalsekretärin Laura Sachslehner arbeitet für beide Medien: Sie ist Chefredakteurin von Exxpress und schreibt Kolumnen für NIUS.

Das rechte Medien-Netzwerk um Sebastian Kurz

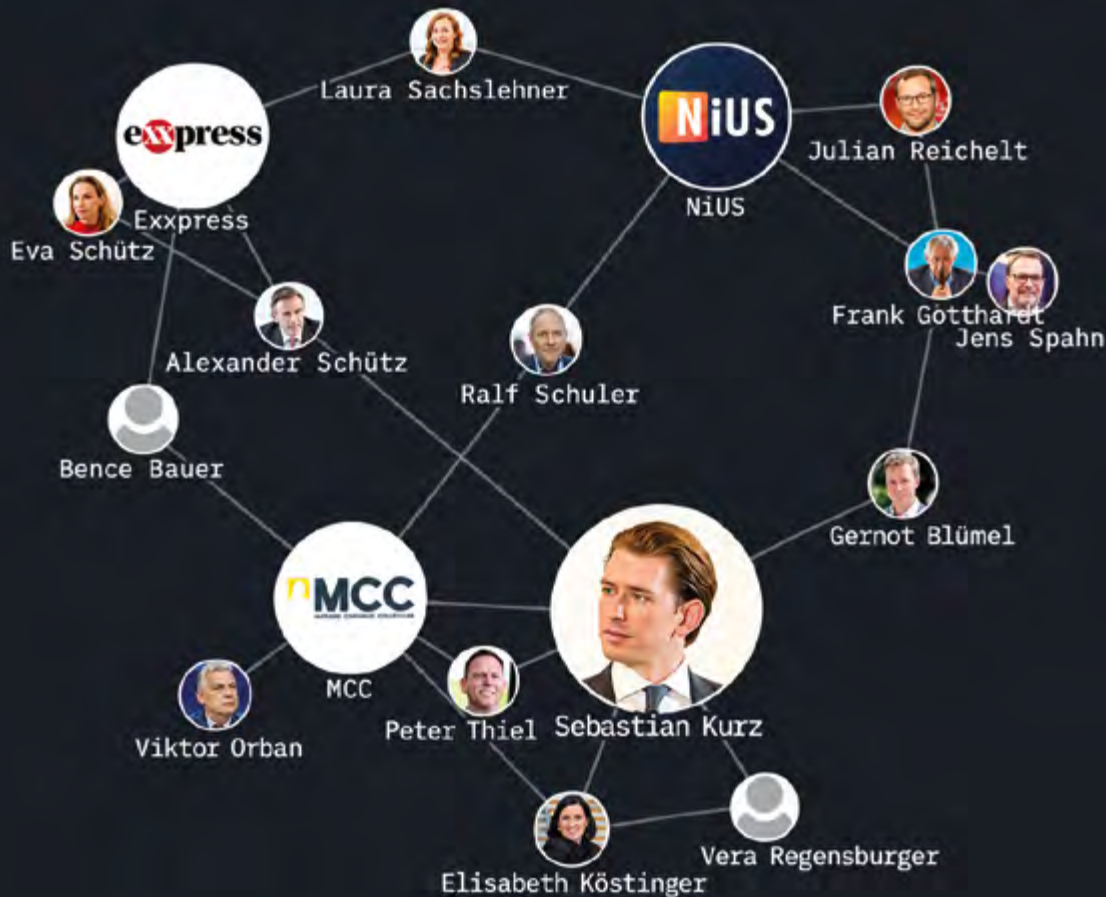


Foto Thiel: Gage Skidmore / CC BY-SA 3.0; Foto Orbán: © Superbass / Wikipedia / CC BY-SA 4.0; Foto Schuler: Dr. Frank Gaeth / CC BY-SA 4.0; Foto Schütz: Roland Schlager / APA Picturedesk; Foto A. Schütz: Rene Prohaska / VGN Medien Holding / APA Picturedesk; Foto Sachslehner: Martin Juen / APA Picturedesk; Foto Gotthardt: Sascha Ditscher / dpa / APA Picturedesk

DAS NETZWERK REICHT BIS ZU VIKTOR ORBÁN

Wie weit dieses Geflecht noch reicht, zeigte sich im Juli 2025 beim Sommerfest des *Mathias Corvinus Collegiums* (MCC) in Ungarn. Das MCC gilt als rechter Thinktank aus dem Umfeld von Viktor Orbáns Fidesz-Partei und verfolgt das Ziel, ein internationales Netzwerk aus rechten Politiker:innen, Medienfiguren und Influencer:innen aufzubauen.

Beim Treffen kamen neben Orbán auch AfD-Chefin Alice Weidel, Se-

bastian Kurz und Tech-Investor Peter Thiel zusammen.

In seiner Instagram-Story postete Kurz im August 2025 ein Foto neben Viktor Orbán und Peter Thiel und schrieb, er hätte „alte Freunde“ getroffen.

Die Verbindungen des MCC reichen auch nach Österreich. Der Thinktank übernahm 90 Prozent der privaten Modul-Universität am Kahlenberg, in deren Universitätsrat die ehemalige ÖVP-Ministerin Elisabeth Köstinger sitzt. Gleichzeitig schreiben Mitar-

beiter:innen des MCC für die Medien *NiUS* und *Exxpress*.

Die Verflechtungen rund um Sebastian Kurz zeichnen das Bild eines Netzwerks, das an einer politischen Verschiebung arbeitet: Kräfte aus Politik und vermögende Financiers ziehen dabei an einem Strang. Sie nutzen Thinktanks, gründen Medien und beeinflussen, was als sagbar, zeigbar und denkbar gilt. Ihr Ziel: Das konservative Spektrum – und mit ihm die politische Mitte – weiter nach rechts zu verschieben.

KRISEN BÄNDIGEN – ABER RICHTIG!

Der russische Dompteur Iwan Fedotowitsch Ruban (1913–2004) lässt einen Bären, einen Tiger und einen Löwen auf Kugeln balancieren.
Foto: Gemeinfrei



Viele Menschen haben Angst, dass ihr Leben unsicherer wird. Vor allem ihre finanzielle Lage bereitet ihnen Sorgen: Lebensmittel im Supermarkt und Energiekosten sind teuer, die Angst vor sozialem Abstieg wird größer. Was sollen Regierungen tun und was nicht? JULIUS SCHIEDAT

Rechte Parteien sagen: Migrant:innen, arbeitslose Menschen oder der Klimaschutz sind schuld an fast allen Missständen. Mehrere Umfragen weisen auf die Sorgen der Menschen hin. Im ersten Quartal 2026 gaben 34 % der Befragten bei einer Statistik-Austria-Umfrage an, dass sie schlechter bis viel schlechter mit dem Haushaltseinkommen zurechtkamen als noch ein Jahr zuvor. Als Grund hierfür wurden insbesondere die gestiegenen Ausgaben für Lebensmittel sowie Energie- und Wohnkosten genannt. Im Demokratie-Monitor 2025 sagten nur 35 Prozent der Befragten, das politische System in Österreich funktioniere gut. EU-weit nannten im Standard-Eurobarometer 2026 52 Prozent der Befragten die Lebenshaltungskosten als wichtigstes persönliches Problem.

Die Sorgen kreisen also nicht vorrangig um Migration. Im Vordergrund stehen Lebenshaltungskosten, bezahlbares Wohnen und die Erwartung, dass der Staat konkrete Probleme löst.

ÖLKONZERNE VERDOPPELN IHREN GEWINN: UNTERNEHMEN BEREICHERN SICH DURCH KRISEN

Bestimmte Schlüsselpreise wirken sich auf die gesamte Wirtschaft aus. Wird beispielsweise Energie teurer, steigen auch die Kosten für Transporte, Landwirtschaft und Fabriken. Unternehmen geben diese Mehrkosten häufig über höhere Preise weiter. Dadurch verteuern sich zahlreiche Waren und Dienstleistungen. Es entsteht eine Kettenreaktion.

Doch nicht jede Preiserhöhung lässt sich allein durch gestiegene Kosten erklären. Unternehmen mit großer Marktmacht können eine Krise auch dazu nutzen, ihre Preise stärker anzuheben, als es notwendig wäre. Die Differenz bleibt als höhere Gewinn-

marge beim Unternehmen. Nach Berechnungen von Oxfam haben sechs große Öl- und Gaskonzerne ihren gemeinsamen Nettogewinn vom ersten zum zweiten Quartal 2026 nahezu verdoppelt: von 23 auf 45 Milliarden Dollar. Die Konzerne profitierten also von der Ölpreiskrise und dem US-Krieg gegen den Iran. Während hohe Preise private Haushalte belasten, steigen die Gewinne großer Konzerne.

Der Staat sollte deshalb nicht warten, bis alles teurer ist. Er kann überhöhte Preisaufschläge untersagen, außergewöhnliche Gewinne stärker besteuern und die Preise wichtiger Grundgüter zeitweise begrenzen. Es geht nicht darum, jeden Preis für jedes Produkt festzulegen. Es geht darum, eine Kettenreaktion früh zu stoppen.

EU, SPANIEN UND NEW YORK CITY ZEIGEN, WIE ES GEHEN KANN

Ein Beispiel für die Abschöpfung außergewöhnlicher Gewinne ist der 2022 von der EU eingeführte Solidaritätsbeitrag für Energieunternehmen. Gewinne der Jahre 2022 und 2023, die mehr als 20 Prozent über dem Durchschnitt vorheriger Jahre lagen, galten als Übergewinne und mussten mit mindestens 33 Prozent besteuert werden. Die Einnahmen trugen dazu bei, Haushalte und Unternehmen vor den Folgen der stark gestiegenen Energiepreise zu schützen. Die Mitgliedstaaten nahmen insgesamt über 26 Milliarden Euro durch die Abgabe ein.

Eine Eurobarometer-Umfrage zeigte zudem eine breite gesellschaftliche Zustimmung: 86 Prozent der Befragten unterstützten Maßnahmen, mit denen außergewöhnliche Gewinne begrenzt und Verbraucher sowie Unternehmen entlastet werden.

Die Regierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez führte in Spanien

Ende 2022 ebenfalls eine befristete Abgabe für große Energieunternehmen ein. Sie betrug 1,2 Prozent des in Spanien erzielten Nettoumsatzes aus bestimmten Energiegeschäften. Besteuert wurden damit große Energiekonzerne mit einem Umsatz von mindestens einer Milliarde Euro. Die Energieabgabe brachte innerhalb von zwei Jahren rund 2,8 Milliarden Euro ein. Diese Einnahmen wurden dann genutzt, um die Haushalte in der Teuerungskrise zu entlasten.

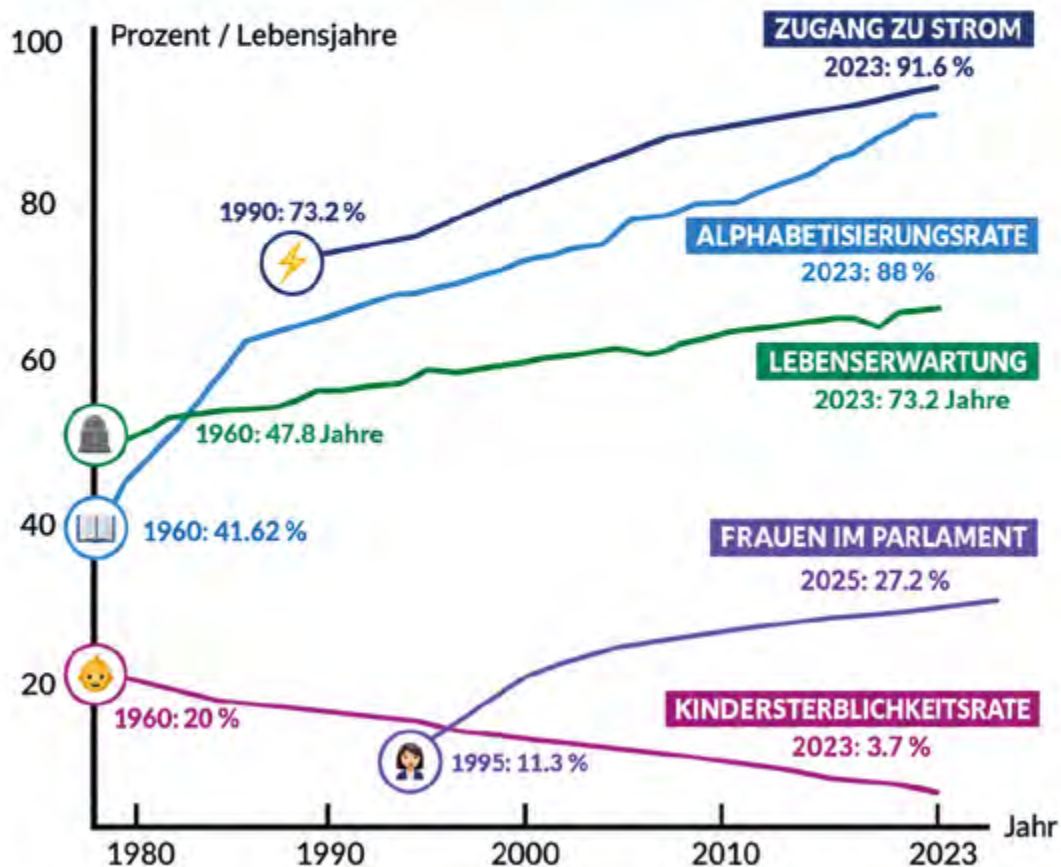
Auch der New Yorker Bürgermeister Zohran Mamdani will das Leben der Menschen bezahlbarer machen: Seine Stadtregierung plant fünf kommunale Supermärkte, in denen ein Korb wichtiger Grundnahrungsmittel rund 30 Prozent unter den üblichen Einzelhandelspreisen angeboten werden soll. Der Erste soll Ende 2027 eröffnet werden.

DEMOKRATIE MUSS MEHR SEIN ALS WÄHLEN

Die Ansätze zeigen, dass der Staat beziehungsweise die EU hohe Lebenshaltungskosten ausgleichen kann, indem frühzeitig in zentrale Märkte eingegriffen oder bezahlbare Alternativen geschaffen werden.

Neben staatlichen Eingriffen müssen Menschen auch mehr Möglichkeiten bekommen, politische Entscheidungen aktiv mitzugestalten – nicht nur bei Wahlen, sondern etwa am Arbeitsplatz oder in den Gemeinden. Wer erlebt, dass die eigene Stimme gehört wird und konkrete Veränderungen bewirken kann, fühlt sich von politischen Entscheidungen weniger ausgeschlossen. Eine Demokratie muss deshalb beides leisten: Sie muss die Menschen vor finanzieller Unsicherheit schützen und ihnen zugleich mehr Einfluss darauf geben, wie ihre Stadt, ihr Arbeitsplatz und ihre Gesellschaft gestaltet werden.

Es passieren auch gute Dinge auf der Welt



Quellen: Inter-Parliamentary Union / Our World in Data/ World Bank
(Alle Angaben basieren auf globalen Durchschnittswerten)

KONTRAST.at

Arbeiter:innen von Mondragón waren an der Errichtung der Metallstruktur des berühmten Guggenheim-Museums im spanischen Bilbao beteiligt.
Foto: Unsplash/David Vives



BEI MONDRAGÓN HABEN DIE ARBEITER:INNEN DAS SAGEN

Mondragón im spanischen Baskenland ist der größte Genossenschafts-Verbund der Welt und eines der erfolgreichsten Unternehmen Spaniens. Die stimmberechtigten Arbeiter:innen besitzen ihre Genossenschaft und treffen unternehmerische Entscheidungen demokratisch. Heute ist Mondragón ein globaler Player. THOMAS HACKL, LENA KRAINZ

Wenn wir in Österreich an Genossenschaften denken, fallen uns meist Wohnbau-, Weide- oder Energiegenossenschaften ein. Kleine Strukturen, die im Wirtschaftsleben eher eine Nebenrolle spielen. Im spanischen Baskenland ist das anders. Dort zählt Mondragón zu den bedeutendsten Unternehmensverbünden und ist der größte Arbeitgeber der Region. Mit Standorten in 37 Ländern und mehr als 70.000 Mitarbeiter:innen ist Mondragón der weltweit größte Ver-

bund von Arbeitergenossenschaften. 2024 erzielten die 81 autonomen Genossenschaften einen Rekordgewinn von 632 Millionen Euro.

EIN SPANISCHER PRIESTER BRINGT DEN STEIN INS ROLLEN

Die Geschichte von Mondragón begann nach dem spanischen Bürgerkrieg (1936–1939). In der Kleinstadt herrschten damals Massenarbeitslosigkeit und Armut. Der Priester José María Arizmendiarieta wollte seiner

Gemeinde aus der wirtschaftlichen Not helfen. Gemeinsam mit den Bewohner:innen gründete er 1943 eine Berufsschule. Dreizehn Jahre später starteten einige der ersten Absolventen die erste Genossenschaft der Stadt – der Beginn des heutigen Mondragón-Genossenschaftsverbunds.

In den folgenden Jahren wuchs Mondragón schnell: Schon sieben Jahre nach der Gründung gehörten mehr als zwanzig Genossenschaften zum

Verbund. Gleichzeitig waren die Genossenschaften in immer mehr Industriezweigen tätig.

Die erste Genossenschaft produzierte vor allem Haushaltsgeräte. Schon bald war Mondragón auch im Maschinenbau, im Finanzsektor, im Einzelhandel und in der Bauwirtschaft aktiv. Zu ihren Prestigeprojekten zählt die Beteiligung an der Metallkonstruktion des berühmten Guggenheim-Museums in Bilbao (siehe Foto S.35). Heute betreibt die Genossenschaft außerdem zwölf Technologie-, Forschungs- und Entwicklungszentren sowie seit 1997 eine eigene Universität mit rund 7.200 Studierenden.

GEWINNE BLEIBEN BEI DEN BESCHÄFTIGTEN

Das Erfolgsrezept von Mondragón? Die Beschäftigten führen ihre Unternehmen selbst. Sie gehören nicht Aktionären oder Milliardären, sondern zu einem großen Teil den Menschen, die dort arbeiten. Als Miteigentümer:innen treffen sie die Unternehmensentscheidungen gemeinsam und demokratisch. Der erwirtschaftete Gewinn fließt nicht an externe Investoren oder in Steueroasen, sondern kommt denjenigen zugute, die ihn erarbeitet haben: den Arbeiter:innen und Angestellten von Mondragón.

Diese Wirtschaftsdemokratie findet auf mehreren Ebenen statt. In den einzelnen Genossenschaften beraten die Beschäftigten regelmäßig über künftige Investitionen, die Verwendung der Gewinne und ähnliche Fragen. Jede Genossenschaft entsendet zudem Delegierte in die Generalversammlung des Mondragón-Verbunds, wo über die großen strategischen Fragen entschieden wird. So handeln die Genossenschaften im Interesse ihrer Beschäftigten – und stärken zugleich deren Bindung an Mondragón.



Blick auf San Sebastián. Die Region Gipuzkoa ist Heimat der Mondragón-Kooperativen. Foto: Unsplash/Ultrash Ricco

SOLIDARISCHES WIRTSCHAFTEN FUNKTIONIERT

Neben der Mitbestimmung auf allen Ebenen ist es vor allem die gelebte Solidarität, die Mondragón erfolgreich macht. Das zeigt sich auch am geringen Lohngefälle. In vielen Mondragón-Genossenschaften liegt das Verhältnis zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen bei 6:1. Zum Vergleich: In österreichischen börsennotierten Großunternehmen verdienen Chefs und Manager im Durchschnitt 66-mal so viel wie normale Beschäftigte.

Hinzu kommt, dass die unteren Lohngruppen deutlich mehr verdienen als im regionalen Durchschnitt. Das Management erhält dagegen weniger als Führungskräfte in anderen Unternehmen.

Solidarität wird auch zwischen den einzelnen Genossenschaften von Mondragón gelebt. Gerät eine von ihnen in finanzielle Schwierigkeiten, erhält sie oft Zuschüsse vom Genossenschaftsverbund, um sich zu stabilisieren. Außerdem können die Mitarbeiter:innen vorübergehende Gehaltskürzungen beschließen, um die Genossenschaft zu sanieren. Helfen auch diese Maßnahmen nicht und geht eine Genossenschaft in Konkurs, verlieren ihre Mitarbeiter:innen nicht einfach ihre Arbeit. Soweit möglich, werden sie von anderen Genossenschaften übernommen.

Der Erfolg von Mondragón zeigt, dass ein Unternehmen auf Solidarität, Demokratie und hohen Löhnen beruhen und trotzdem – oder gerade deshalb – international erfolgreich sein kann.

WEM GEHÖRT DIE STADT, DIE NIEMALS SCHLÄFT?

New York ist eine Stadt der Gegensätze. Sie ist voller Wolkenkratzer, Luxuswohnungen und Milliardenvermögen. Aber auch voller Menschen, die zweifeln, ob sie sich das Leben in ihrer Stadt noch leisten können. Für Letztere macht Zohran Mamdani den Unterschied. JULIUS SCHIEDAT

Für arbeitende Familien ist der Alltag teuer. Zur Miete wohnen im Big Apple kostet mehr als 45.000 Dollar pro Jahr. Das Kind in den Kindergarten zu geben kostet 26.000 Dollar pro Jahr. Mit dem Bus oder der Bahn zur Arbeit zu fahren kostet bis zu 3.600 Dollar im Jahr.

Allein für die Basics – Wohnen, Kinderbetreuung und Öffis – entstehen einer Familie jährliche Kosten von rund 75.000 Dollar. Dazu kommen Lebensmittel, Strom und Versicherungen. Für Arztbesuche oder Krankenhausaufenthalte kommen im Schnitt noch über 13.000 Dollar hinzu.

JETZT REGIERT EIN 34-JÄHRIGER SOZIALIST NEW YORK

Seit Anfang 2026 ist Zohran Mamdani als neuer Bürgermeister im Amt. Der Linke aus Queens will eine Stadt aufbauen, die nicht nur niemals schläft, sondern auch für jene leistbar ist, die sie täglich am Laufen halten.

For too long,
Freedom has belonged
only to those who can
afford to buy it.
Our City Hall
will change that.

– Zohran Mamdani

Schon in den ersten Monaten nach seiner Wahl setzt Mamdani seine Pläne um. Eines seiner wichtigsten Projekte ist eine kostenlose Kinderbetreuung. Gemeinsam mit dem Bundesstaat New York startete Mamdani im Herbst 2026 ein Programm mit 2.000 Kindergartenplätzen. Bis 2027 soll das Programm auf rund 12.000 Plätze wachsen. Das soll Familien entlasten. Mütter und Väter können so selbstbestimmter arbeiten und leben. In New York City konnten sich bisher rund 80 Prozent der Familien kaum noch gute Kinderbetreuung leisten.

Doch wo nimmt Mamdani das Geld dafür her? New York hat eine neue Steuer auf Luxus-Zweitwohnungen eingeführt. Sie betrifft Wohnungen und Häuser mit einem Wert von mehr als 5 Millionen Dollar, die nicht



als Hauptwohnsitz genutzt werden. Damit zielt die Maßnahme auf Menschen, die Immobilien in New York vor allem als Geldanlage nutzen und nicht als Wohnraum. Die erwarteten Einnahmen: rund 500 Millionen Dollar pro Jahr.

MIETER:INNEN WERDEN ENTLASTET

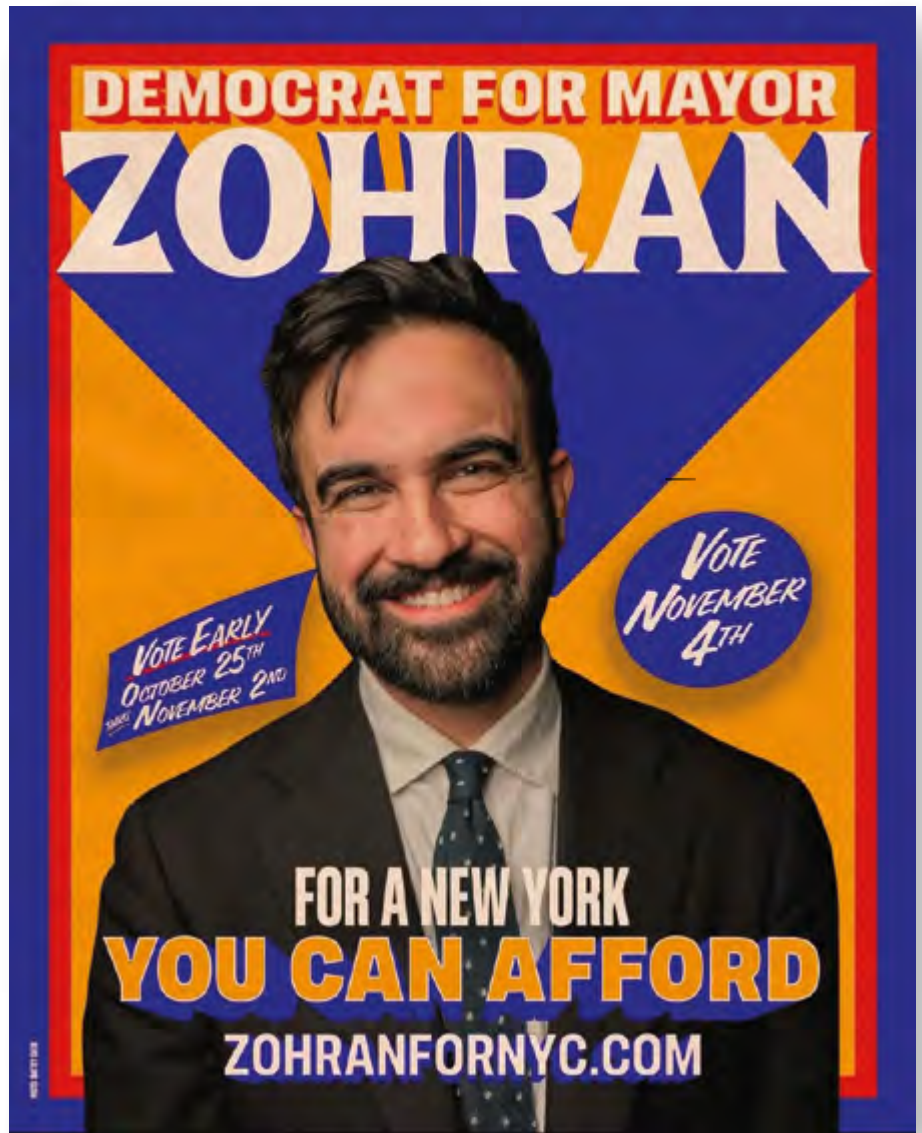
Beim Thema Wohnen geht es Mamdani vor allem darum, Mieter:innen stärker zu schützen. In seinen ersten Monaten im Amt wurden bereits über 35 Millionen Dollar für Mieter:innen zurückgeholt. Die Stadt ließ mehr als 6.000 Wohnungen reparieren und verfolgte rund 200.000 Verstöße von Vermieter:innen.

Das New York City Rent Guidelines Board ließ für rund eine Million mietregulierte Wohnungen die Mieten einfrieren. In diesen Wohnungen leben mehr als zwei Millionen Menschen. Das Rent Guidelines Board ist ein neunköpfiges Gremium der Stadt, das jedes Jahr festlegt, wie stark die Mieten für diese Wohnungen steigen dürfen. Die Mitglieder ernennt der Bürgermeister.

Die Maßnahme kommt zu einem Zeitpunkt, an dem viele Mieter:innen finanziell stark unter Druck stehen. Laut einer Untersuchung der Community Service Society kämpfen 67 Prozent der einkommensschwachen Bewohner:innen von mietregulierten Wohnungen damit, finanziell über die Runden zu kommen. 83 Prozent verfügen über kaum oder keine Ersparnisse.

POLITIK VON MAMDANI IST IM ALLTAG SICHTBAR

Neben den großen Reformen setzt Mamdani auch auf kleinere Verbesserungen, die Menschen direkt spüren. Ein Beispiel: In seinen ersten 100 Tagen im Amt ließ er über 100.000 Schlaglöcher in New York reparieren.



Plakat von Zohran Mamdani für die New Yorker Bürgermeisterwahl vom 4. November 2025. Foto: Kampagne

? MIETREGULIERTE WOHNUNGEN sind Wohnungen, bei denen die Stadt bestimmte Regeln für die Miethöhe vorgibt. Vermieter:innen können die Miete nicht beliebig erhöhen, sondern nur innerhalb festgelegter Grenzen.

The background of the page features a large, clear photograph of the Statue of Liberty in New York City. The statue is green and stands on a stone pedestal. In the foreground, a man with dark hair and a beard, wearing a white shirt and a red tie, is smiling and looking towards the camera. He has his arms crossed. The water of the harbor is visible at the bottom, and a small American flag is seen in the distance to the right.

Für Mamdani geht es dabei um mehr als den Straßenverkehr. Es geht um das Vertrauen der Menschen in die Stadtverwaltung. Mamdani nennt diesen Ansatz „Pothole Politics“: Politik soll nicht nur in großen Reformen sichtbar werden, sondern den Alltag verbessern, statt sich auf große Versprechen zu beschränken.

Das klingt nach einer Kleinigkeit – doch die Forschung zur öffentlichen Verwaltung zeigt, dass genau solche direkten Erfahrungen entscheidend dafür sind, ob Menschen ihrer Regierung vertrauen.

Was passiert in New York in den nächsten zehn Jahren? Mamdani plant den Bau von 200.000 günstigen Wohnungen, für die Mieterhöhungen begrenzt und Mietobergrenzen festgelegt werden. Dazu plant

er kostenlose Busse, einen Mindeststundenlohn von 30 Dollar und städtische Supermärkte, die Lebensmittel durchschnittlich 30 Prozent günstiger verkaufen. Der erste dieser Supermärkte soll Ende 2027 eröffnen. Sein Ansatz ist klar: öffentliche Angebote ausbauen, Reiche stärker in die Pflicht nehmen und den Alltag der arbeitenden Mehrheit leistbarer machen.

Ob seine Vorhaben erfolgreich sein werden, muss sich noch zeigen. Nach den ersten Monaten lässt sich jedoch bereits festhalten: Mamdani will New York nicht nur verwalten, sondern die Stadtpolitik grundsätzlich neu ausrichten. Dabei rückt er zwei Fragen ins Zentrum: Wer hält die Stadt am Laufen – und wem soll sie dienen?

TROFAIACH HAT SEINEN ORTSKERN WIEDER UND DAMIT DAS VERTRAUEN SEINER BEWOHNER:INNEN ZURÜCKGEWONNEN

Vor zehn Jahren war Trofaiach in der Obersteiermark eine Abwanderungsgemeinde. Familien sind weggezogen, der Ortskern war von Leerständen geprägt, eingekauft hat man am Ortsrand. Heute gilt die Stadt mit ihren rund 11.000 Einwohner:innen als Vorzeigegemeinde: Der Leerstand hat sich halbiert, der Ortskern ist belebt und die Bevölkerung ist zufrieden. Kontrast hat Mario Abl getroffen – jenen Bürgermeister, der dafür verantwortlich ist. KATHRIN GLÖSEL

Mario Abl kommt viel herum, längst nicht nur in seiner eigenen Stadt. Auf Konferenzen und Veranstaltungen in ganz Österreich berichtet er darüber, wie Trofaiach einen Wandel hingelegt hat. Noch vor wenigen Jahren wäre das kaum vorstellbar gewesen. „Trofaiach ist eine Stadt zum Leben, vor allem mit Familie. Wir liegen strategisch gut, haben viel Natur um uns herum, die Lebensqualität ist top. 4.000 Trofaiacher:innen pendeln zum Arbeiten aus, aber wohnen wollen sie hier“, zeichnet Abl die Vorzüge seiner Gemeinde nach.

800 IDEEN MIT BIERDECKELN GESAMMELT

Seit seinem Amtsantritt 2013 hat Trofaiach in Kinderbetreuung, Sicherheit, Breitbandausbau und Infrastruktur investiert. Doch den eigentlichen Wendepunkt brachte ein anderer Ansatz: Die Bevölkerung sollte selbst mitentscheiden, wie sich ihre Stadt entwickeln soll.

Gemeinsam mit dem Planungsbüro *nonconform* hat die Stadt dreitägige Bürger:innen-Workshops organisiert, an denen sich mehr als 1.000 Menschen beteiligt haben. In Gasthäusern hat man herkömmliche Bierdeckel gegen „Ideen-Deckel“ getauscht. Wer beim Essen eine Idee für die Zukunft Trofaiachs hatte, konn-



Harald Tauderer, zVg

te sie aufschreiben und in Apotheke oder Trafik abgeben. Man war ernsthaft interessiert, was die Bevölkerung braucht, um zufrieden zu sein.

„Die Trofaiacher:innen haben 800 Ideen eingebracht und daraus haben wir abgeleitet, was wir umsetzen werden“, sagt Abl.

Besonders oft wünschte sich die Bevölkerung Orte, an denen sie sich ohne Konsumzwang begegnen kann. Aus den Ideen entstand gemeinsam mit Expert:innen ein Masterplan für die Innenstadt. Schritt für Schritt wurden daraus konkrete Projekte.

„Nicht alles war erfolgreich, das muss man auch dazusagen. Aber auch aus den gescheiterten Projekten haben wir gelernt“, resümiert Bürgermeister Abl.

WER VERÄNDERUNG WILL, BRAUCHT MUT, ETWAS NEUES AUSZUPROBIEREN

Man hat zum Beispiel auch pauschale Mietförderungen für Geschäfte proibiert, um Leerstand einzudämmen. Aber das hat nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Andere Projekte entwickelten sich hingegen zu echten Erfolgen.

Dazu gehört der „Trofaiach Tandler“, ein Secondhand-Laden, den die Stadt gemeinsam mit der Lebenshilfe betreibt. Auch der früheren Sparkasse wurde neues Leben eingehaucht: Das Gebäude wurde zur Musikschule umgebaut, die mitten im Zentrum liegt. Heute lernen dort mehr als 430 Kinder, ein Instrument zu spielen, oder sie singen.

„Jetzt haben wir so viele Musikschüler:innen wie noch nie. Sie kommen mit den Öffis, mit dem Rad oder werden mit dem Auto gebracht. Es gibt allein dadurch viel mehr Frequenz im

Ortskern, also ist es doppelt belebend für unsere Stadt“, freut sich Abl.

MEHR BUSSE, BEGEGNUNGSZONEN UND 30ER-TEMPO-LIMITS

Auch bei der Mobilität hat die Gemeinde einiges verbessert: Ein neuer Busterminal verbindet Trofaiach im 15-Minuten-Takt mit Leoben. Ergänzt wird das Angebot durch einen Citybus, der Menschen aus den Ortsteilen ins Zentrum bringt. Gleichzeitig hat man Begegnungszonen mit niedrigerem Tempolimit eingerichtet. „Alles, was mit Autos zu tun hat, ist am Beginn umstritten. Aber seit diesem Schritt gab es keine Unfälle mehr“, erzählt der Bürgermeister.

Parallel dazu kümmerte sich die Stadt systematisch um leerstehende Gebäude. Dafür hat man eigens einen „Innenstadt-Kümmerer“ angestellt, der Eigentümer:innen berät und nach neuen Nutzungen sucht. Das zeigt Wirkung: Zwar haben im Laufe der Jahre rund 40 Geschäfte geschlossen, aber im selben Zeitraum haben etwa 70 neue Betriebe eröffnet.

Dass Trofaiach heute als Best-Practice-Gemeinde gilt, führt Abl darauf zurück, dass die Stadt bewusst externe Expertise eingeholt hat, von Stadtplaner:innen bis zur TU Wien. Gleichzeitig hat man die Bevölkerung befragt.

„Was die Bürger:innen wollten, war mein und unser Leitbild für die kommenden Jahre. Das ist ja logisch, dass man aus dem, was die Bevölkerung sich wünscht, sein Wahlprogramm macht. Wer das anders macht, ist selber schuld.“

Finanziell möglich waren viele der Investitionen durch die Gemeindefusion mit Hafning und Gai im Jahr 2013. Dadurch hat Trofaiach jährlich



Seit 2009 ist Mario Abl (SPÖ) Bürgermeister des steirischen Trofaiach. Foto: Harald Tauderer, zVg

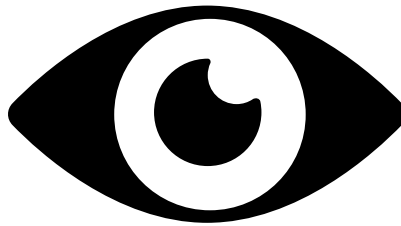
rund 1,5 Millionen Euro zusätzliche Bundesmittel bekommen. Das Geld floss in Infrastruktur, Schulen, Feuerwehr, Sicherheit und die Entwicklung der Innenstadt.

Heute verzeichnet Trofaiach wieder mehr Zuzug und Geburten. Der Ortskern lebt, die Leerstände sind deutlich zurückgegangen und der Bürgermeister wird regelmäßig gefragt, wie er diesen Wandel geschafft hat. Seine Antwort ist immer dieselbe:

„Wir haben einfach nichts unversucht gelassen. Man muss offen und kreativ sein, über den Tellerrand blicken, etwas probieren – auch mal scheitern und daraus lernen. Zudem muss man den Austausch suchen. Denn man kann sich sicher sein: Es gibt kein Problem, das nicht irgendwer schon mal beachert oder sogar gelöst hat.“

DER MILLIARDÄR, DER UNS ALLE ÜBERWACHEN WILL

Peter Thiel betrachtet die Welt wie ein Schachbrett: Wenige bewegen die Figuren, viele werden bewegt. Mit Bezahl-diensten, Daten und Überwachungssoftware wurde er zum Milliardär. Heute unterstützt er Politiker, die seine Vision verwirklichen sollen – eine staatliche Ordnung, die auf Datenmacht statt auf demokratischer Kontrolle beruht.



Peter Thiel ist einer der einflussreichsten Männer der Welt und trotzdem kennen viele ihn nicht: Er war neben Elon Musk und Max Levchin einer der PayPal-Gründer, investierte früh in Facebook, gründete die Überwachungssoftware Palantir und finanzierte Donald Trump sowie Vizepräsident Vance. Was ist das Ziel, auf das der deutsch-amerikanische Milliardär hinarbeitet?

VOM SCHACHSPIELER ZUM RECHTEN VORDENKER

Thiel wird 1967 in Frankfurt geboren und zieht als Kind in die USA. Er spielt gern und gut Schach und studiert später Philosophie und Rechtswissenschaften in Stanford. Dort gründet er die Zeitung „The Stanford Review“, schreibt vor allem gegen Gleichstellung und spottet über andersdenkende Studierende und Lehrkräfte.

Sein Weltbild ist vom konservativen Philosophen René Girard (1923–2015) geprägt. Fortschritt entsteht für Thiel nicht durch Aushandeln oder demokratische Entscheidungen zum Wohle der Mehrheit, sondern durch außergewöhnliche Einzelne, die zur Elite gehören.

„Ich glaube nicht, dass Freiheit und Demokratie miteinander vereinbar sind.“ – Peter Thiel

ERST PAYPAL, DANN PALANTIR

1998 gründet Thiel mit Max Levchin ein Unternehmen, aus dem nach der Fusion mit Elon Musks Firma X.com später die Bezahlplattform PayPal hervorgeht. Nach dem Verkauf an

eBay wird er zum Multimillionär. 2004 investiert er 500.000 Dollar in Facebook und verkauft 2012 seine Anteile für 400 Millionen Euro. Thiel erkennt früh: Plattformen schaffen nicht nur Kommunikation, sondern Daten-Monopole und damit politische Macht.

2003 gründet er mit Alex Karp *Palantir*. Der Name stammt aus Tolkiens „Herr der Ringe“: Palantir sind sehende Steine, mit denen Herrscher über große Entfernungen beobachten können.

Die Software verbindet Steuerdaten, Bewegungsprofile, Strafregister, biometrische Informationen und soziale Medien. In Sekunden entsteht ein umfassendes Bild eines Menschen. *Palantir* automatisiert damit eine Überwachung, die früher selbst Geheimdienste und Polizeibehörden nicht leisten konnten.

DIE PALANTIR-VISION: MEHR MILITÄR, MEHR KI, MEHR ÜBERWACHUNG

In einem 22-Punkte-Manifest beschreibt Alex Karp, wohin sich das Silicon Valley seiner Meinung nach entwickeln soll: Die großen Technologieunternehmen sollen ihre Fähigkeiten stärker in den Dienst der US-Regierung stellen. Technologie soll nicht nur dazu dienen, das Leben einzelner Menschen bequemer zu machen, sondern vor allem die Stärke des Staates und des US-Militärs erhöhen. Das Silicon Valley soll seine Macht für die Verteidigung der USA einsetzen.

Im Zentrum steht die Forderung nach mehr „Hard Power“. Die militärische Stärke der USA soll durch moderne Software und neue Technologien ausgebaut werden. Karp und Thiel betrachten Fortschritt vor allem als Waffe im Wettbewerb der Staaten. Die Möglichkeit, das Leben der Menschen einfacher und angenehmer zu gestalten, tritt dahinter zurück.

PALANTIR IN EUROPA EINGESETZT

Auch in Europa ist *Palantir* längst angekommen. In Deutschland setzen Polizeibehörden in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen Systeme des Konzerns ein.

Der britische Gesundheitsdienst NHS nutzt *Palantir* ebenfalls. Die Software verbindet dort Gesundheitsdaten aus zahlreichen Kliniken. Der Vertrag hat ein Volumen von Hunderten Millionen Pfund. In den Niederlanden setzen Sicherheitsbehörden *Palantir* seit den 2010er-Jahren heimlich ein. Öffentlich bekannt wurde das erst im August 2025. Die dänische Polizei nutzt *Palantir* spätestens seit 2016. Auch das Militär und der Geheimdienst setzen Software des Konzerns ein. Im Juni 2026 erhielt die Polizei in Grönland Zugriff. Auch die schwedische Polizei nutzt seit Jahren eine

2017 traf Sebastian Kurz den Tech-Milliardär Peter Thiel bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Screenshot, x.com

eigene *Palantir*-Version namens *Acus* – ebenfalls geheim. Das Programm verknüpft Überwachungsdaten mit Bank-ID, Handydaten und Social-Media-Profilen. Im Migrationsbereich leitete die EU-Agentur Frontex jahrelang unrechtmäßig Daten an Europol weiter, die mit *Palantirs* „Gottham“-Software verarbeitet wurden. Österreich hat offiziell keinen Vertrag mit *Palantir*. Das Bundesheer testete die Software jedoch über mehrere Monate.

THIELS TRAUM VOM ELITENSTAAT

Thiel unterstützte Donald Trump im Wahlkampf 2016 und finanzierte 2022 den Senatswahlkampf von J. D. Vance mit mehr als 15 Millionen Dollar. Er selbst bleibt im Hintergrund: als Geldgeber, Netzwerker und Türöffner. Sein Ziel reicht über Trumps Präsidentschaft hinaus. Thiel investiert in den Transhumanismus, also in die



Sebastian Kurz
@sebastiankurz

Great to meet @peterthiel at #MSC2017 and to discuss how #digitalization changes our world. Thanks for the opportunity!
Post Übersetzen



Idee, menschliche Fähigkeiten mithilfe von Technik zu erweitern und den Menschen womöglich unsterblich zu machen. Zudem finanziert er schwimmende Städte für Superreiche – Orte, an denen sich Geld und Technologie ohne staatliche Kontrolle „entfalten“ sollen.

Thiel ist auch mit dem ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz eng verbunden. Nach seinem Rückzug aus der Politik arbeitete Kurz für Thiel Capital. Später gründete er das Cybersecurity-Unternehmen *Dream Security*, das unter anderem mit dem Schutz kritischer Infrastruktur durch künstliche Intelligenz wirbt. Die Verbindung zeigt, wie politische Netzwerke und privates Kapital in der Technologiebranche ineinandergreifen: Thiel stellt Geld und sein Unternehmensnetzwerk bereit, Kurz bringt seine politischen Kontakte in die Zusammenarbeit ein.

DAS KLEINE COSTA RICA DEFINIERT FORTSCHRITT NEU

Unsplash/Ralph Kayden



Costa Rica geht seinen eigenen Weg: keine Armee, dafür Investitionen in Bildung und Gesundheit, eine nachhaltige Wirtschaftsweise und eine offene Gesellschaft. So wurde das Land zu einem Vorzeigestaat Lateinamerikas. THOMAS HACKL

Costa Rica zählt zu den wohlhabendsten, friedlichsten und nachhaltigsten Ländern Lateinamerikas – obwohl es in einer der unsichersten und instabilsten Regionen der Welt liegt. Dem kleinen mittelamerikanischen Staat ist es gelungen, Frieden und Demokratie zu bewahren. Zugleich haben es die Ticos, wie die Menschen aus Costa Rica genannt werden, zu bescheidenem Wohlstand gebracht.

SCHULBÜCHER STATT SCHUSSWAFFEN

1821 erlangte Costa Rica gewaltlos seine Unabhängigkeit. Von Konflikten blieb das Land dennoch nicht verschont. Wiederholt kam es zu Kriegen und Bürgerkriegen. Die Wende brachte der sechswöchige Bürgerkrieg von 1948. Nach dessen Ende hat das Land die Armee abgeschafft. Seither lebt Costa Rica in unbewaffneter Neutralität und gehört damit zu den wenigen Staaten der Welt ohne eigenes Militär.

Statt Geld für Waffen auszugeben, investierte Costa Rica in Bildung und Gesundheit. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Ticos haben heute die höchste Lebenserwartung Lateinamerikas und liegen damit sogar vor den USA. Auch im Bildungsbereich nimmt Costa Rica eine Spitzenposition ein – mit einer der höchsten Alphabetisierungsraten und einem der größten Anteile an Hochschulabsolvent:innen an der Bevölkerung in Lateinamerika.

NACHHALTIGKEIT UNTER PALMEN

Costa Rica zählt zu den nachhaltigsten Staaten der Welt und gilt als Musterland des Naturschutzes. Fast 100 Prozent seines Stroms gewinnt das Land aus erneuerbaren Energien. Gemeinsam mit Staaten wie Island und Norwegen gehört es damit zur weltweiten Spitze. Die nachhaltige Energieproduktion ist so erfolgreich,

dass Costa Rica sogar Strom in seine Nachbarländer exportiert.

Auch für den Schutz seiner Natur hat das Land große Anstrengungen unternommen. Bis in die 1980er-Jahre war Costa Rica von massiver Abholzung betroffen. Nur noch rund 30 Prozent des Staatsgebiets waren bewaldet. Daraufhin begann eine umfassende Kampagne zur Wiederaufforstung. Heute sind wieder mehr als 60 Prozent des Landes von Wald bedeckt.

Um die Natur dauerhaft zu bewahren, schuf Costa Rica zahlreiche Schutzgebiete, darunter 26 Nationalparks und viele weitere Naturschutzgebiete. Davon profitieren nicht nur Tiere und Pflanzen, sondern auch die Menschen. Denn die Nationalparks sind grüne Lungen und Touristenmagneten zugleich.

OFFENHEIT FÜR NEUE TICOS

Menschen aus anderen Ländern begnügt Costa Rica mit großer Offenheit. Entsprechend ist der Anteil jener, die im Ausland geboren wurden und heute in Costa Rica leben, in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen. Zugleich hat Costa Rica eine lange Tradition bei der Aufnahme geflüchteter Menschen. Besonders während der Bürgerkriege in Mittelamerika bot das Land vielen von ihnen Schutz.

Bei der Integration dieser Gruppen ist Costa Rica vergleichsweise erfolgreich. Neben der Offenheit der Bevölkerung sind dafür vor allem zwei Faktoren entscheidend: die rechtlichen Rahmenbedingungen und das nationale Selbstverständnis der Ticos.

Ein wesentlicher rechtlicher Unterschied zu vielen europäischen Staaten besteht nämlich darin, dass alle in Costa Rica geborenen Menschen

automatisch Anspruch auf die costaricanische Staatsbürgerschaft haben. Das gilt auch für im Ausland geborene Kinder von Ticos. Zudem ist es für Menschen mit ausländischem Pass leichter, die Staatsbürgerschaft zu erwerben als etwa in Österreich.

Auch das nationale Selbstverständnis erleichtert die Integration von Menschen aus dem Ausland. Tico zu sein, hat mit Sprache und gemeinsamen Werten zu tun – nicht mit Hautfarbe oder Herkunft.

VORBILD, ABER NICHT OHNE FEHLER

All das bedeutet nicht, dass Costa Rica ein fehlerloses Paradies wäre. Das Land steht vor zahlreichen Problemen. Zwar ist die Korruption im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten gering, dennoch verzögert sie große Infrastrukturprojekte oder lässt deren Kosten explodieren.

So kommt der Ausbau des öffentlichen Verkehrs nur schleppend voran. Selbst in den Städten bleiben viele Menschen auf das Auto angewiesen. Zugleich haben soziale Ungleichheit und Kriminalität in den vergangenen Jahren zugenommen. Auch das öffentliche Gesundheits- und Bildungssystem gerät zunehmend unter finanziellen Druck.

Dennoch zeigt Costa Rica, dass ein Land, das eine friedliche, soziale und nachhaltige Entwicklung verfolgt, erfolgreich sein kann.

IN URUGUAY HABEN SONNE UND WIND DIE ÖLRECHNUNG ERSETZT

Uruguay gilt als Vorreiter beim Umstieg auf erneuerbare Energien. Fast der gesamte Strom stammt aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse. Erneuerbare Quellen decken fast zwei Drittel des Energieverbrauchs. Vor 20 Jahren dominierte noch Erdöl. LENA KRAINZ



Unsplash/ Pedro Slinger

Anfang der 2000er-Jahre deckte Uruguay über 80 Prozent seines Energiebedarfs mit importiertem Erdöl. Steigende Preise machten die Versorgung teuer und unsicher. 2008 beschloss die Regierung deshalb den Umstieg auf erneuerbare Energien. Der leitende Physiker Ramón Méndez Galain stellte dabei soziale und wirtschaftliche Vorteile ins Zentrum: Uruguay besitzt kaum fossile Rohstoffe, dafür aber viel Wind, Sonne, Wasser und Biomasse. Diese Energie ist lokal verfügbar, günstig und schafft Arbeitsplätze.

„Wir haben nicht mit Klimazielen angefangen. Wir haben mit dem Problem der Kosten und der Zuverlässigkeit angefangen. Die Umwelt war ein positiver Nebeneffekt“, erklärt Méndez Galain.

Wichtig war auch die Einbindung der Bevölkerung. Mithilfe einer Infor-

mationskampagne und entsandter Mitarbeiter:innen erreichte die Regierung selbst die Bewohner:innen in abgelegenen Regionen, in denen sie Kraftwerke errichten wollte. Zudem konnten Anwohner:innen über Community-Fonds oder durch die Verpachtung ihrer Flächen finanziell profitieren. Das stärkte die Akzeptanz und verteilte die Gewinne breiter.

EIN LAND SETZT AUF SEINE NATÜRLICHEN STÄRKEN

Die Investitionskosten trugen private Firmen. Der Staat blieb für die Stromnetze und die Stromverteilung zuständig und garantierte für 20 Jahre feste Abnahmepreise. Zwischen 2010 und 2022 flossen rund sechs Milliarden US-Dollar in erneuerbare Energien. Heute machen sie fast 99 Prozent des Stroms aus, der sogar ins Ausland exportiert wird. Laut dem Energieministerium gingen Stromausfälle zurück, die Preise san-

ken und die Versorgung wurde verlässlicher. Méndez Galain spricht von rund 50.000 neuen Arbeitsplätzen. Der Staat investierte zudem in Ausbildung und Umschulungen.

Auch ökologisch zeigt sich der Wandel. Uruguays Erdüberlastungstag fiel 2025 auf den 17. Dezember. Das ist jener Tag, an dem die für ein ganzes Jahr verfügbaren natürlichen Ressourcen rechnerisch aufgebraucht wären. Österreich erreicht diesen Punkt bereits Ende März.

„Jedes Land verfügt über Ressourcen, es geht lediglich darum, die Regeln so zu gestalten, dass sie effizient genutzt werden. Größere Volkswirtschaften benötigen zwar mehr Planung, aber das Prinzip bleibt dasselbe. Wenn wir die starken Benachteiligungen zugunsten fossiler Brennstoffe beseitigen, gehen erneuerbare Energien als klarer Gewinner hervor“, sagt Méndez Galain.

**Je ungleicher eine
Gesellschaft ist,
desto eher neigt sie zu
antidemokratischen
Haltungen.**

**Die Reichen, weil sie glauben,
sich alles erlauben zu können.**

**Und die Armen,
weil sie den Eindruck
haben, dass ihnen diese
Demokratie ohnehin
keinen Schutz bietet.**

WERNER WINTERSTEINER
FRIEDENSFORSCHER

**MACHT HERBY POTTER ÖSTERREICH
ZUR KAMMER DES SCHRECKENS?**



**JOURNALISMUS
FÜR DIE MILLIONEN,
NICHT DIE MILLIONÄRE.**

**ABONNIERE UNS!
KOSTENLOS!**

